Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 15 (1989)

Heft: 3

Artikel: Armeeabschaffungs-Initiative : soyons realistes, demandons l'impossible?

Autor: Nef, Rolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-814746

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ARMEEABSCHAFFUNGS-INITIATIVE : SOYONS REALISTES, DEMANDONS L'IMPOSSIBLE ?

Konzeptionelle Überlegungen und empirische Analysen zum politischen Gehalt einer "*Wegmarke*"

Rolf Nef
Cultur prospectiv, Gasometerstrasse 28, CH - 8005 Zürich

1. Erste Hypothesen, erste Ergebnisse

Sieg oder Niederlage ? Wenn Sieg, inwiefern auch Niederlage ? Falls Niederlage, inwiefern auch Sieg ? - Zumindest in den letzten 20 Jahren wird sich kaum jemand nach einem Abstimmungswochenende, an dem eine Volksinitiative mit 35.6 % Ja-Stimmen gescheitert war, über derartige Fragen weiter den Kopf zerbrochen haben. Nach dem 26.11.1989 aber liegen die Dinge etwas anders. Verständlicherweise ; denn welche Position man in der Sache auch immer vertritt, die Abschaffung der Armee kratzt nicht simpel an der Oberfläche, sie tangiert "Substanzen" : Die Gegner der Armeeabschaffungs-Initiative haben zwar formal einen Sieg errungen, aber einen knapperen als erhofft und erwartet, einen Angst-Sieg jenseits der (im Vorfeld der Abstimmung im übrigen immer wieder angehobenen), inzwischen fast zu einem neuen terminus politicus gewordenen "Schmerzgrenze". Der formale Sieg trägt so auch Spuren einer inhaltlichen Niederlage - was denn auch das überaus grosse Interesse an allen irgendwie denkbaren Möglichkeiten erklärt, die Ja-Stimmenden in "radikale Armeeabschaffer" und "gemässigte Denkzettler" auseinanderzudividieren. Die Befürworter der Armeeabschaffungs-Initiative hingegen haben formal zwar eine Niederlage eingefangen ; aber wer bei der Einreichung der Initiative Mitte der 80er Jahre für die Volksabstimmung einen Ja-Stimmenanteil von 35.6 % prognostiziert hätte, wäre von vielen wohl (und aufgrund einschlägiger Erfahrungen nicht einmal zu Unrecht) als zwar netter, aber ungemein realitätsfremder Illusionist und Spinner bespöttelt worden. Die formale Niederlage trägt so klar auch Spuren eines inhaltlichen Sieges. Dass die Armeeabschaffungs-Initiative einen deutlich höheren Ja-Stimmenanteil realisiert hat als z.B. noch vor einigen Jahren die vom Bundesrat in corpore propagierte Vorlage über den UNO-Beitritt, ist in diesem Zusammenhang zumindest erwähnenswert. Und bei hinsichtlich inhaltlicher Radikalität wie politisch-ideologischer Herkunft zumindest partiell vergleichbaren Volksinitiativen hat man sich eigentlich an realistischerweise zu erwartende - um den eher dürftigen Wert von 20 % Ja-Stimmen kreisende - Ergebnisse schon fast gewöhnt (Beispiele : Kultur-, Mutterschaftsschutz- und Lehrwerkstätten-Initiative).

Welchem politischen Standpunkt man sich auch verpflichtet fühlt : Der hohe Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative markiert sicher eine "*Wegmarke in der politischen Entwicklung*" (NZZ). Welche Faktoren aber beeinflussen in welcher Art und Weise die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Initiative ? Welchen politischen Gehalt kann diese "*Wegmarke*" somit legitimerweise für sich beanspruchen ? Versuchen wir im folgenden schrittweise und aus einander ergänzenden Perspektiven den politischen Gehalt zu entschlüsseln. Vorab einige erste Überlegungen zu den durch die Armeeabschaffungs-Initiative [1] aufs Tapet gebrachten Problematiken :

Durch die Armeeabschaffungs-Initiative angesprochen ist zum ersten das Verhältnis zwischen *Armee und Nation*. Eine Nation ist (mit)definiert durch die Existenz von identitiv in unterschiedlicher Art und Weise "aufladbaren" Grenzen zwischen "Innen" und "Aussen". Diese Grenzen können für ein Individuum emotional nur relativ schwach besetzt sein. Die voneinander durch politisch definierte Grenzen getrennten Territorien unterscheiden sich dann in erster Linie nach "universalistischen" - also nach im Prizip überall gültigen und zudem weiter keiner grossen Erklärungen bedürftigen - rationalen Kriterien, z.B. nach den gerade aktuellen Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden oder einen Betrieb zu eröffnen, nach den vorhandenen politischen Mitspracherechten, nach dem sozialen Sicherungsniveau etc. In diesem Fall besteht zwischen "Innen" und "Aussen" emotional nur eine schwach besetzte Differenz, es liegt eine *relationistische Identität oder Identifikation* vor. Das heisst nicht, dass derjenige, dessen Sicht der Dinge durch eine relationistische Identität gekennzeichnet ist, die Koffer zur "Abreise" permanent gepackt in Bereitschaft hält. Aber die "Abreise" ist zumindest nicht völlig undenkbar, und man nimmt von "Innen" am "Aussen" über die reine passive Informationsaufnahme hinaus teil, man vergleicht aktiv und evaluiert. Grenzen können für ein Individuum aber auch von weit gewichtiger, ja geradezu von existenzieller Bedeutung sein. Dies ist einmal dann der Fall, wenn die durch die nationale Grenze gesetzte Differenz zwischen "Innen" und "Aus-

---

[1] Die Volksinitiative "für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik" weist ein zweiwertiges Forderungsprofil auf : Zum einen wird die Abschaffung der Armee ("Die Schweiz hat keine Armee"), zum anderen der Übergang von der bisherigen armeegestützten Sicherheitspolitik zu einer Sicherheitspolitik "neuen Typs" ("Die Schweiz entwickelt eine umfassende Friedenspolitik, welche die Selbstbestimmung des Volkes stärkt und die Solidarität unter den Völkern fördert") verlangt. Gegen eine der Selbstbestimmung des Volkes und der Solidarität unter den Völkern verpflichteten Politik wird wohl im Prinzip niemand etwas einzuwenden haben ; dieser Aspekt ist für sich allein betrachtet hochgradig konsensual. Zum Konflikt kommt es erst dann, wenn die Frage gestellt ist : Armee ja oder nein ? Armeegestützte Sicherheitspolitik oder Sicherheitspolitik "neuen Typs" ? Dies ist die zentrale Frage, weshalb wir in dieser Studie konsequenterweise durchgehend den Begriff "Armeeabschaffungs-Initiative" verwenden. Die nach der Abstimmung aufgekommene Idee, "die Koppelung (zweier) höchst unterschiedlicher Massnahmen zur Friedenssicherung in einem einzigen Abstimmungsgegenstand werfe die Frage auf, inwieweit ein Ja beziehungsweise ein Nein der Abschaffung der Armee oder der Friedenspolitik galt. In eine unbequeme Lage kamen somit Stimmbürger(innen), die sowohl für die Armee wie für eine umfassende Friedenspolitik eintreten wollten und sich für das eine oder das andere entscheiden mussten" (NZZ - Zusammenfassung einer GfS-Verlautbarung) ist so konzeptionell sehr,sehr fragwürdig wenn nicht gar politisch völlig falsch und irreführend.

sen" eine wesentliche Voraussetzung für das ökonomische "Überleben" ist - was z.B. in hohem Ausmass für die Landwirtschaft, aber auch für Teile des Gewerbes zutrifft. Dies ist im weiteren auch dann der Fall, wenn aufgrund einer weitverzweigten materiellen wie symbolischen Einbettung eine "Abreise" nur unter Zurücklassung eines Grossteils dessen, was wesentlich ist, also unter Zurücklassung der "Substan"' möglich wäre. Hier sind Zugehörigkeitsdefinitionen emotional stark aufgeladen, man kann von *substanzialistischen Identitäten oder Identifikationen* sprechen. Nun gilt die Armee als "letztes Mittel" zur Verteidigung der die Nation mitdefinierenden Grenzen - was auch heisst : "letztes Mittel" zur Bewahrung der mit der Nation in Verbindung gebrachten "Substanz". Je relationistischer die Identität oder Identifikation, desto grösser vermutlich die Bereitschaft zur Unterstützung der Armeeabschaffungs-Initiative, je substanzialistischer hingegen die Identität oder Identifikation, desto geringer die Neigung zur Zustimmung [2].

Durch die Armeeabschaffungs-Initative angesprochen ist zum zweiten das Verhältnis zwischen *Armee und Gesellschaft*. Eine Gesellschaft ist (mit)definiert durch eine Menge von als relevant erachteten, in unterschiedlichem Ausmass "knappen" Güter einerseits, durch differenzielle ungleiche Verteilungsmuster dieser Güter andererseits. Was in welchem Ausmass Relevanz beanspruchen soll sowie welcher Zustand jeweils legitimerweise als eine Situation der "Knappheit" interpretiert werden kann, ist in den wenigsten Fällen rein "objektivistisch" zu bestimmen, sondern in erster Linie das Resultat von mehr oder weniger offen geführten "Definitionskämpfen" zwischen sowohl hinsichtlich Interessenprofil wie Einfluss unterschiedlich gearteten gesellschaftlichen Gruppen. Dieser Sachverhalt hat logischerweise starke Auswirkungen in den Bereich des Politischen, da dem Staat immer nur ein beschränkter- also "knapper" - Teil der gesellschaftlichen Ressourcen für die Entfaltung seiner Aktivitäten zur Verfügung steht und damit der Konflikt um unterschiedliche Prioritäten per definitionem nicht zu umgehen ist. Im Speziellen : Einen wie grossen Teil der staatlich verfügbaren Ressourcen will man im Wissen, dass für andere Zwecke dann Ressourcen fehlen, in die Landesverteidigung investieren ? Produzieren die getätigten Investionen auch tatsächlich das erhoffte resp. mögliche Ausmass an Sicherheit ; stimmt das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag ? Für denjenigen, der die Überzeugung vertritt, der Staat investiere zu Lasten anderer Bereiche zuviel in die Landesverteidigung und/oder der getätigte Aufwand führe zu keinem vernünftigen Ertrag, sind die Prioritäten falsch gesetzt - und somit grundsätzlichere Veränderungen angezeigt ; dies markiert eine *umverteilungs-orientierte Sicht* der Verhältnisse. Entspricht hingegen das staatliche Aufwandprofil den eigenen Prioritäten und/oder wird das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag als überwiegend positiv beurteilt, so stimmen die bis anhin gültigen Prioritäten - grundsätzlichere Veränderungen sind nicht notwendig ; dies mar-

---

[2] Zum Identitäts-Konzept vgl. auch H.-P. Meier-Dallach & R. Nef & R. Ritschard (1990), "Nationale Identität - ein Fass ohne empirischen Boden ?", Beiträge zu einem Seminar des NFP-21, Eigenverlag cultur prospectiv.

kiert eine *stabilitäts-orientierte Sicht* der Verhältnisse. Je umverteilungsorientierter die Sichtweise, desto grösser vermutlich die Bereitschaft zur Unterstützung der Armeeabschaffungs-Initiative, je stabilitäts-orientierter hingegen die Vision der Dinge, desto geringer die Neigung zur Zustimmung.

Wieviel mit diesem Bezugsrahmen, der einerseits von zwei unterschiedlichen Identitätstypen, andererseits von zwei unterschiedlichen Typen der Orientierung gegenüber politisch-gesellschaftlichen Prioritäten ausgeht, interpretativ auszurichten ist, wird sich weisen. Werfen wir jetzt einen ersten Blick auf im Gemeindevergleich zu beobachtenden Regularitäten (vgl. dazu Anhang 1) :

1. Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der Angestellten an der Gesamtheit der Erwerbstätigen, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil. In Angestellten-Gemeinden wird die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel von 40 % (+ 4.4 %) der Stimmenden unterstützt, in Selbständigen-Gemeinden hingegen im Durchschnitt nur von 23.8 % (- 11.8 %). Armeekritik wird so durch beschäftigungsstrukturelle Modernität verstärkt, durch beschäftigungstrukturelle Traditionalität hingegen abgeschwächt. Eine wichtige Ausnahme von diesem generellen Zusammenhang ist allerdings zu beachten : In den Angestellten-Gemeinden mit einem hohen Anteil von Angestellten in leitender Position findet sich im Mittel nur ein Ja-Stimmenanteil von 36.4 % - also ein Wert, der nur sehr geringfügig den gesamtschweizerischen übersteigt. Armeekritik wird durch beschäftigungsstrukturelle Modernität somit nur insofern verstärkt, als damit keine überdurchschnittliche Chance für den Zugang zur modernen "Führungsklasse" verbunden ist.

2. Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der in einem Gross- oder Mittelzentrum Erwerbstätigen an der Gesamtheit der Erwerbstätigen, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil. In den stark auf Gross- und Mittelzentren ausgerichteten Gemeinden (sowie logischerweise in diesen Zentren selbst) wird die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel von 41.1 % (+ 5.5 %) der Stimmenden unterstützt, in Gemeinden ausserhalb des Einflussbereich der Gross- und Mittelzentren hingegen im Durchschnitt nur von 31.9 % (- 3.7 %). Armeekritik wird so durch "Urbanität" verstärkt, durch deren Fehlen hingegen abgeschwächt.

3. Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung [3] an der Gesamtheit der Stimmberechtigten, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil. In den Gemeinden mit einem sehr hohen Anteil von Stimmberechtigten mit hoher Bildung (> 30 %) wird die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel von 39.6 % (+ 4 %) der Stimmenden unterstützt, in den Gemeinden mit einem sehr tiefen Gewicht dieser Stimmbürgergruppe (< 10 %) hingegen im Durchschnitt nur von

[3] Bildung tief : obligatorische Schule ; Bildung mittel : Berufslehre ; Bildung hoch : alle weiterführenden resp. höheren Schulen.

28.9 % (- 6.7 %). Armeekritik wird so durch hohe Bildung verstärkt, durch tiefe Bildung hingegen abgeschwächt. Anzumerken ist, dass sich der genannte Zusammenhang in den Gemeinden mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Stimmbürgern mit hoher Bildung tendenziell abschwächt - was auf den Effekt von später zu analysierenden "intervenierenden" Faktoren zurückzuführen ist.

4. Je grösser in einer Gemeinde das pro-Kopf-Einkommen, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil. In den Gemeinden mit einem hohen pro-Kopf-Einkommen (125 % - 175 % des gesamtschweizerischen Wertes) wird die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel von 42.1 % (+ 6.5 %) der Stimmenden unterstützt, in den Gemeinden mit einem sehr tiefen pro-Kopf-Einkommen (< 25 % des gesamtschweizerischen Wertes) hingegen im Durchschnitt nur von 27 % (- 8.6 %). Armeekritik wird so durch hohes Einkommen - durch ökonomische Privilegierung - verstärkt, durch tiefes Einkommen - durch ökonomische Unterprivilegierung - hingegen abgeschwächt. Eine wichtige Ausmahme von diesem generellen Zusammenhang ist allerdings zu beachten : In den Gemeinden mit einem sehr hohen pro-Kopf-Einkommen (> 175 % des gesamtschweizerischen Wertes), in den ökonomisch privilegiertesten Umgebungen, findet sich im Mittel nur ein Ja-Stimmenanteil von 35.5 % - also ein Wert, der sich vom gesamtschweizerischen nicht mehr unterscheidet. Armeekritik wird durch ökonomische Privilegierung somit nur insofern verstärkt, als diese Privilegierung nicht ein maximales Niveau erreicht.

5. Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der Linkswähler [4], desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil. In den Gemeinden mit einem sehr hohen Linkswähler-Anteil (> 40 %) wird die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel von 42.7 % (+ 7.1 %) der Stimmenden unterstützt, in den Gemeinden mit einem sehr tiefen Linkswähler-Anteil (< 10 %) hingegen im Durchschnitt nur von 27.4 % (- 8.2 %). Armeekritik wird so durch die starke Verankerung der Linken verstärkt, durch ein starkes Gewicht der Bürgerlichen hingegen abgeschwächt.

6. Der Ja-Stimmenanteil unterscheidet sich schlussendlich auch zwischen den sprachkulturell definierten Landesteilen. In den Gemeinden der französischen resp. der italienischen Schweiz wird die Armeeabschaffungs-Inititiative im Mittel von 39.7 % (+ 4.1 %) resp. von 39.1 % (+ 3.5 %) der Stimmenden unterstützt, in den Gemeinden des deutschsprachigen Landesteil hingegen im Durchschnitt nur von 34.4 % (- 1.2 %).

---

[4] Summe der Parteistimmen der SPS, der PdA, der POCH sowie der GBS bei den Nationalratswahlen 1987.

Tabelle 1

% Ja Armeeabschaffungs-Initiative nach Gemeindemerkmals-kombinationen - gewichtete Varianzanalyse - 2920 Gemeinden

	Bildung tief/ Einkommen tief			Bildung mittel/ Einkommen tief		Bildung mittel/ Einkommen mittel		Bildung hoch/ Einkommen mittel		Bildung Einkom. hoch
	Linke			Linke		Linke		Linke		Linke
	tief	mit.	hoch	mit.	hoch	mit.	hoch	mit.	hoch	mittel
STADTFERN										
- Selbständige	22.1	24.3								
- Arbeiter-Selbständige	27.8	29.4	32.1							
- Arbeiter	30.9	33.0	38.2							
- Arbeiter-Angestellte	33.0	33.5	35.1	32.8	36.6					
- Angestellte-Arbeiter				33.2	36.3	34.9	36.7			
STADTNAH										
- Angestellte						39.6	42.1	37.4	42.6	
- Angestellte - leitende								37.1		34.4
WERT CH										35.6

Gemäss den statistischen Parametern lässt sich mit jedem der vier genannten strukturellen Merkmale sowie mit der politisch-ideologischen Prägung im Gemeindevergleich jeweils rund 25 % der Unterschiede im Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative erklären, mit dem Merkmal "sprachregionale Zugehörigkeit" hingegen nicht einmal 10 %. In Sachen Armee und Landesverteidigung ist die Schweiz so in erster Linie zwischen unterschiedlichen strukturellen und ideologischen "Zonen" polarisiert, nur in relativ geringem Ausmass hingegen entlang des "Röstigrabens". Durch welche Merkmalskonfigurationen diese "Zonen" charakterisiert sind, zeigt die synthetisierende Auswertung [5] (Tabelle 1).

[5] Es ist klar, dass sich die für das Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative in erster Linie relevanten Merkmale in ihren Wirkungen zum Teil "kreuzen", also teilweise Identisches messen: Angestellten-Gemeinden z.B. sind nicht nur durch einen überdurchschnittlichen Anteil von Stimmberechtigten mit hoher Bildung gekennzeichnet, sie sind auch überdurchschnittlich "urbanisiert" und "links"-orientiert. Diesem Sachverhalt ist in komplexeren Auswertungen mittels geeigneter statistischer Verfahren Rechnung zu tragen. Allerdings sind die Resultate derartiger Auswertungen der Überprüfbarkeit durch den "Laien" bald ein-

Den höchsten Ja-Stimmenanteil realisiert die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel in den hochurbanen Angestellten-Gemeinden mit hohem Bildungsniveau, hohem Linkswähleranteil und mitterem pro-Kopf-Einkommen (42.6 %, + 7 %), den tiefsten Ja-Stimmenanteil im Durchschnitt hingegen in den stadtfernen Selbständigen-Gemeinden mit tiefem Bildungsniveau, tiefem pro-Kopf-Einkommen und tiefem Linkswähler-Anteil (22.1 %, - 13.5 %). Deutlich von der erstgenannten Gruppe in ihrem mittleren Zustimmungswert nach unten weichen diejenigen hochurbanen Angestellten-Gemeinden mit hohem Bildungsniveau ab, die nicht nur durch einen hohen Anteil von leitenden Angestellten sondern auch durch ein hohes pro-Kopf-Einkommen charakterisiert sind (34.4 %). Im weiteren variiert die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Inititiative auch unter Kontrolle aller übrigen Faktoren noch in den allermeisten Fällen deutlich nach dem Linkswähler-Anteil - ausgesprochen stark innerhalb der stadtfernen Arbeiter-Gemeinden mit tiefer Bildung und tiefem pro-Kopf-Einkommen : Tiefer Linkswähler-Anteil 30.9 % Ja, hoher Linkswähler-Anteil 38.2 % Ja.

Wenn man davon ausgeht, dass relationistische Identitäten resp. Identifikationen ein umso grösseres Gewicht haben, je grösser die beschäftigungsstrukturelle Modernität, der Urbanisierungsgrad, das Bildungsniveau sowie das pro-Kopf-Einkommen, so sind die zu beobachtenden Regularitäten partiell recht gut unter Rekurs auf unterschiedliche Identitätstypen deutbar : Relationistische Identitäten oder Identifikationen sind vor allem im strukturellen Zentrum anzutreffen, die Armeeabschaffungs-Initiative realisiert hier folgerichtig einen überdurchschnittlichen Ja-Stimmenanteil ; in der strukturellen Peripherie hingegen sind substanzialistische Identitäten oder Identifikationen in überdurchschnittlichem Ausmass verbreitet, die Armeeabschaffungs-Initiative wird demzufolge deutlich stärker abgelehnt als auf gesamtschweizerischer Ebene. Nicht mit der Identitätstypen-Hypothese in Übereinstimmung zu bringen aber ist der Sachverhalt, dass bei sehr hoher ökonomischer Privilegierung die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel unter dem gesamtschweizerischen Wert liegt - er müsste deutlich höher liegen, wären nur Identitäten tangiert. In die gleiche Richtung weist der zwar deutliche, aber trotz allem nicht überwältigende Effekt des Merkmals "Bildung" (in aller Regel im Zusammehang mit politischen Identitäten *der* zentrale Faktor) - er müsste höher sein, wären nur Identitäten tangiert. Zumindest für die erstgenannte "Nichtübereinstimmung" liefert die Orientierungstypen-Hypothese eine plausible Erklärung : Bei sehr hoher ökonomischer Privilegierung dürften in Sachen Armeeabschaffung stabilitäts-orientierte Interessen mit relationistischen Identitäten oder Identifika-

mal entzogen. Wir wählen hier deshalb einen anderen Weg : Zum einen wird in einigen Fällen die Zahl der pro Merkmal unterschiedenen Gruppen unter Berücksichtigung der Verknüpfungen zwischen den Merkmalen auf jeweils drei reduziert, zum anderen werden nach der Kombination aller Merkmale nur diejenigen Gemeindegruppen berücksichtigt, die eine relevante Besetzung aufweisen. Daraus resultiert ein Raster, der zwar gewisse nicht sehr häufig vorkommende Kombinationen vernachlässigt, aber einen sehr guten Überblick über das Zusammenspielen der einzelnen Merkmale - speziell über sich wechselseitig verstärkende resp. aufhebende Effekte - in der grossen Mehrheit der Gemeinden gibt.

tionen miteinander in Konflikt geraten. Die zusätzliche Berücksichtigung der zweiten Achse löst *ein* Interpretationsproblem, schafft aber neue : Dass in erster Linie die Linke eine umverteilungs-orientierte Sicht der Dinge vertritt, liegt auf der Hand. Konsistent damit lässt sich denn auch ein deutlicher, die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Initiative verstärkender Effekt nachweisen. Allerdings ist dieser Effekt "strukturell" nicht homogen - ein gleich hoher Linkswähler-Anteil führt je nach struktureller Lage im Zentrum-/Peripherie-Gefälle zu unterschiedlichen Zustimmungsquoten. Beide Hypothesen liefern so zwar jeweils für sich allein partiell durchaus plausible Erklärungen, sind aber offensichtlich notwendigerweise in einen stärkeren Zusammenhang zu bringen - was wir später unter Beizug von zusätzlichem Material auch an die Hand nehmen werden. Vorgängig aber noch zu einer offenen Frage : Berücksichtigen die eben mit der Armeeabschaffungs-Initiative in Zusammenhang gebrachten Faktoren überhaupt die wesentlichen systematischen Bestimmungsgründe, die für die Erklärung des Entscheidverhaltens heranzuziehen sind ?

2. Die "Jungen" und die "Alten"

Im bisher benutzten Set von Bestimmungsfaktoren sind keine "Alters"-Variablen enthalten. Die Altersachse aber ist im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um Armee und Friedenspolitik potentiell in zweifacher Hinsicht bedeutsam :

Zum *ersten* sind die einzelnen Altersgruppen in der (biographischen) Zeit, in der ihre grundlegenden individuellen gesellschaftlichen und politischen Haltungen geformt - abstrakter : sozialisiert - wurden, mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen auf der Makroebene konfrontiert gewesen. Die Altersgruppe der heute mindestens 65Jährigen hatte sich mit den ökonomischen Mangellagen und Krisen der Zwischenkriegszeit auseinanderzusetzen. Zudem hat sie politisch die Bedrohung durch den in Europa sich ausbreitenden Faschismus und Militarismus, dann den Aktivdienst und das jahrelange Eingeschlossensein erlebt. Die Altersgruppe der heute 20-39Jährigen hingegen ist ökonomisch entscheidend durch den epochalen Nachkriegs-Boom, während dem Konsumansprüche in einem vorher unvorstellbaren Ausmass realisierbar wurden, geprägt worden. Politisch hat diese Altersgruppe zwar teilweise noch die Endphase des "Kalten Krieges" erlebt, dann aber den 68er resp. den 80er Aufbruch und die sich daran jeweils anschliessenden Mobilisierungsbewegungen, die Brisanz "neuer" Probleme, die zunehmende Bedeutung des Nord-/Süd-Konfliktes, die Entspannung in Europa und die Aufweichung "alter" Fronten. In dem Ausmass, in dem die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung von übergreifenden Werthaltungen in der Sozialisationsphase wichtig sind (und zusätzlich entlang der Altersachse signifikant variieren), lässt sich so das Vorhandensein von "politischen Generationen" mit unterschiedlichen Werthaltungen postu-

lieren. Die Annahme, dass die Altersgruppe der mindestens 65Jährigen ("Krise-/Diamant-Generation") die Armeeabschaffungs-Inititive deutlich weniger unterstützt als die Altersgruppe der 20-39Jährigen ("Boom-/Bewegungs-Generation"), ist naheliegend [6].

Zum *zweiten* unterscheiden sich die einzelnen Altersgruppen aber auch hinsichtlich der entlang der Altersachse variierenden gesellschaftlichen und sozialen Entfaltungsmöglichkeiten resp. sozialen und politischen Belastungen sowie Pflichten. In der Regel erreicht z.B. das Einkommen eines Individuums in der Alterspanne 40-64 Jahre das Maximum - vorher liegt die Zeit der Ausbildung resp. die Zeit des zum individuellen Einkommensmaximum führenden beruflichen Aufstiegs, nachher folgt das Rentenalter, in dem sich das Einkommen meistens wieder deutlich verringert. Ebenfalls stark durch die Position auf der Altersachse bestimmt wird bekannterweise z.B. die Belastung durch mit der Familiengründung verknüpften sozialen Pflichten - wenn auch anders als im erstgenannten Beispiel. In dem Ausmass, in dem die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten und Belastungen klar einen lebenszyklischen Bezug haben, lassen sich so entlang der Altersachse "Lebenszyklusgruppen" mit zum Teil sehr unterschiedlichem Betroffenheits- resp. Bedürfnisprofil voneinander abgrenzen. Entscheidend ist dabei im hier relevanten Zusammenhang, dass die Belastung durch militärische Dienstleistungen lebenszyklisch in ihrem Maximum klar lokalisiert ist : Ein kommuner Soldat hat nach Norm zwischen zwischen dem 20. und dem 39. Lebensjahr (incl. RS) 47 Wochen Militärdienst (RS 17, WK 24, EK 6) - also mehr als 95 % des geforderten Gesamtengagements - zu leisten. Davon sind bekanntlich viele nicht gerade begeistert, und wer je die "Chance" hatte, auf einem Kompagniebüro so ganz nebenbei Einblick in einen Ordner mit Dispensationsgesuchen zu nehmen, kommt um die Feststellung nicht herum : Es gibt eine nicht uninteressante "politische Kultur des Dispensationsgesuchs". Die Annahme, dass zumindest die lebenszyklisch stark durch militärische Dienstleistungen belasteten Männer im Alter von 20-39 Jahren die Armeeabschaffungs-Initiative deutlich stärker unterstützen als die übrigen Altersgruppen - speziell als die längst aus Militär- und Zivilschutzpflicht entlassenen mindestens 65Jährigen - ist naheliegend.

Nun ist zu erwarten, dass sich die beiden mit der Altersachse verknüpften - theoretisch auf alle Fälle, empirisch wenn immer möglich zu trennenden - Aspekte in ihren Auswirkungen auf die Haltung gegenüber der Armeeabschaffungs-Initiative wechselseitig verstärken und so "Junge" die Initiative massiv stärker unterstützen als "Alte" : Die 20-39 Jährigen sind als "Boom-/Bewegungs-Generation" nicht nur weit entfernt von der "heroischen" Zeit des Aktivdienstes, sondern (sofern es sich um Männer handelt) auch aus

---

[6] Da sich im Konflikt um die Armeeabschaffungs-Initiative in erster Linie die beiden genannten Altergruppen "polarisiert" gegenüberstehen, wird hier wie im folgenden die "Problematik" der 40-64Jährigen nicht speziell diskutiert. In den statistischen Auswertungen jedoch ist deren Anteil an den Stimmberechtigten immer mitberücksichtigt worden.

lebenszyklischen Gründen sehr stark durch vielfach "lästige" Plichten in einer nicht mehr gerade unumstrittenen Institution belastet. Für die mindestens 65Jährigen, die "Krise-/Diamant-Generation", hingegen ist die Dienstzeit lebenszyklisch längst Geschichte - Geschichte erfahren in Zeiten verbreiteter ökonomischer Knappheiten und kollektiver politischer Existenzbedrohungen. Eine unmittelbar vor der Abstimmung durchgeführte Umfrage der Isopublic diagnostizierte denn auch sehr starke - die formulierte Erwartung bestätigende - Zustimmungsdifferenzen entlang der Altersachse. Die Zustimmungswerte nach Altersgruppen : 20-29Jährige 55 %, 30-39Jährige 52 %, 40-64Jährige 27 %, 65Jahre und älter 13 %. In den beiden jüngsten Altersgruppen findet die Armeeabschaffungs-Initiative also (relativ betrachtet) eine rund vier mal grössere Anhängerschaft als in der ältesten; in absoluten Werten besteht eine Zustimmungsdifferenz von rund 40 %. - Setzt man allerdings den Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative im Gemeindevergleich in Beziehung zur Verteilung der Stimmberechtigten auf die einzelnen Altersklassen, so ist von dieser massiven Differenz beinahe nichts mehr festzustellen - und es zeigt sich in Sachen "Alterseffekt" ein sehr ernüchterndes Bild (Tabelle 2a) :

Tabelle 2a

% Ja-Armeeabschaffungs-Initiative nach Altergruppenanteilen
- gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

	Stimmberechtigte Alter 65+					
Stimmberechigte Alter 20 - 39	-10 %	10-15 %	15-20 %	20-25 %	25 %+	
- 35 %				36.0	37.2	36.8
35-40 %			35.5	33.0	38.6	35.3
40-45 %		35.9	35.0	31.2		34.0
45-50 %		37.6	35.3			36.4
50 % +	41.6	36.7				38.2
	41.6	36.8	35.2	33.0	37.8	
				Wert CH		35.6

	eta
Alter 65 +	.26
Alter 20-39	.16
Kombination	.29

- Überdurchschnittliche Ja-Stimmenanteile finden sich im Mittel sowohl in den Gemeinden mit einem sehr hohen (> 50 %) wie mit einem sehr tiefen (< 35 %) Anteil von Stimmberechtigten im Alter von 20-39 Jahren (38.2 % resp. 36.8 %), unterdurchschnittliche Zustimmungsquoten (34 %) hingegen im Mittel in den Gemeinden mit einem durchschnittlichen Gewicht der jüngsten Stimmbürgergruppe (40 % - 45 %).

- Überdurchschnittliche Ja-Stimmenanteile finden sich im Mittel sowohl in den Gemeinden mit einem sehr hohen (> 25 %) wie mit einem sehr tiefen (< 10 %) Anteil der mindestens 65jährigen Stimmberechtigten (41.6 % resp. 37.8 %), unterdurchschnittliche Zustimmungsquoten (33 %) hingegen im Mittel in den Gemeinden mit einer nur schwach über dem Durchschnitt liegenden Gewicht der ältesten Stimmbürgergruppe (20 % - 25 %).

Dass derart unterschiedliche Zustimmungsbereitschaften zwischen "Jungen" und "Alten", wie sie in der genannten Umfrage vor der Abstimmung ermittelt worden sind, nicht in relevanten und konzeptionell konsistenten realen Zustimmungsdifferenzen im Gemeindevergleich Ausdruck finden, ist eigenartig und erklärungsbedürftig.

Eine mögliche Interpretation dieses Sachverhalts ist wohl schnell zur Hand und lautet simpel : Auf individueller Ebene bestehen wie prognostiziert starke Alterseffekte, aber sie schlagen sich nicht in Zustimmungsdifferenzen zwischen sozioökologischen Einheiten nieder ; dementsprechend sind Alterseffekte mit den Mitteln des Gemeindevergleichs nicht analysierbar. Dazu vorerst ein kleiner "Ausflug" in das Feld der Stimmbeteiligung : Die Stimmbeteiligung hat am 26.11. mit einem gesamtschweizerischen Wert von rund 70 % bekanntlich beinahe Nachkriegsrekordhöhe erreicht. Zum Vergleich die mittlere Stimmbeteiligung bei den 23 vorauslaufenden eidg. Urnengängen (also allen seit Frühjahr 1981) : 38.7 %. Nun gehört der Sachverhalt, dass die Stimmbeteiligung meistens deutlich mit der Altersachse verknüpft ist, zu den unbestritteneren Ergebnissen der politischen Umfrageforschung. In aller Regel liegt die Beteiligungsquote der 20-39Jährigen einige Prozentpunkte unter, die Beteiligungsquote der 40-64Jährigen sowie der ältesten Stimmbürgergruppe hingegen einige Prozentpunkte über dem jeweiligen gesamtschweizerischen Wert. Die Differenz ist natürlich nicht immer die gleiche, sie variiert zum Teil je nach Abstimmungsgegenstand und/oder Konfliktintensität - im Mittel beträgt die (absolute) Beteilungsdifferenz zwischen der jüngsten und der ältesten Stimmbürgergruppe rund 10 %.

Nun ist zu vermuten, dass die Abstimmung über die Armeeabschaffungs-Initiative aus verschiedenen Gründen die Stimmberechtigten der jüngsten Altersgruppe besonders stark mobilisiert hat und sich demzufolge die "normalen" altersabhängigien Beteiligungsdifferenzen eingeebnet (wenn vielleicht nicht sogar tendenziell umgekehrt) haben. Wenn diese Vermutung zutrifft, dann muss im Gemeindevergleich die Zunahme der Beteiligung vom durchschnittlichen Wert auf das Niveau vom 26.11. zumindest teilweise mit der Altersverteilung der Stimmberechtigten in Verbindung zu bringen sein. Konkreter : In Gemeinden mit einem hohen Anteil von 20-39jährigen Stimmberechtigten sollte die Stimmbeteiligung überdurchschnittlich, in Gemeinden mit einem tiefen Anteil von Stimmberechtigten aus dieser Altersgruppe hingegen unterdurchschnittlich ansteigen. Das Umgekehrte gilt logischerweise im Zusammenhang mit dem kommunalen Anteil der ältesten Stimmbürgergruppe : In Gemeinden mit einem hohen Gewicht dieser Gruppe sollte die

Stimmbeteiligung unterdurchschnittlich, in Gemeinden mit einem tiefen Gewicht hingegen überdurchschnittlich ansteigen. Zur Überprüfung dieser Hypothese setzten wir die am 26.11. realisierte Stimmbeteiligung in Beziehung zur mittleren Stimmbeteiligung bei den 23 vorauslaufenden eidg. Urnengängen (also allen seit 1981) und berechnen den Beteiligungswert, der - auf dem Hintergrund einer durchgängig massiv über dem Mittel der 80er Jahre liegenden Mobilisierung - als "normal" zu erwarten wäre. Liegen Werte über dem als "normal" errechneten Wert (auf höherem absoluten Niveau), dann ist überdurchschnittlich stark, bei Werten unter dem "normalen" Wert unterdurchschnittlich stark mobilisiert worden. Und die vermutete Altersabhängigkeit wird bestätigt (Tabelle 2b) : In den Gemeinden mit einem sehr hohen Anteil der jüngsten Stimmbürgergruppe liegt die Stimmbeteiligung um 3.1 % *über* dem unter "normalen" Bedingungen zu erwartenden Wert, in Gemeinden mit einem sehr tiefen Anteil dieser Gruppe hingegen um 3.3 % *unter* diesem. Die entsprechenden Abweichungen für den Anteil der ältesten Stimmbürgergruppe : Sehr tiefer Anteil + 2.3 %, sehr hoher Anteil - 2.3 %.

Tabelle 2b

Altergruppenanteile und Stimmbeteiligungsresiduen
- gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

	Stimmberechtigte Alter 65+					
Stimmberechtigte Alter 20 - 39	-10 %	10-15 %	15-20 %	20-25 %	25 %+	
- 35 %				- .2	- 3.1	- 2.3
35-40 %			- .8	- .8	- 3.5	- .8
40-45 %		1.6	- .8	2.3		1.2
45-50 %		1.4	1.2			1.3
50 % +	3.1	2.0				2.3
	3.1	1.6	.9	.9	- 3.3	
				Wert CH		0

	eta
Alter 65 +	.34
Alter 20-39	.25
Kombination	.36

Die genannten Abweichungen mögen gemessen an ihrem absoluten Wert gering erscheinen - in einem differenzierteren Bestimmungsmodell erweisen sich denn auch noch weitere Faktoren als relevant. Trotzdem : Die (zu erwartende) "Erosion" der im Mittel absolut gut 10 % betragenden Beteiligungsdifferenz zwischen der jüngsten und der ältesten Stimmbürgergruppe lässt sich empirisch plausibler und stringenter nachweisen als die viermal grössere (prognostizierte) Zustimmungsdifferenz zwischen den gleichen

Altersgruppen. Anzumerken ist hier noch, dass aufgrund des erstgenannten Ergebnisses eine weitere Erklärungsmöglichkeit aus Abschied und Traktanden fällt : Da sich "Junge" nicht wie üblich unterdurchschnittlich beteiligen, ist der schwache Alterseffekt beim Zustimmungsverhalten nicht eine "versteckte" Folge der "Abwesenheit" von überdurchschnittlich armeekritischen, aber stimmfaulen Bürgern. Wenn in den letzten Jahren in Konfrontation mit einer systemkritischen Vorlage überhaupt jemals "repräsentativ" mobilisiert wurde, dann aller Wahrscheinlichkeit nach am ehesten am 26. 11. 89 [7].

Damit fehlt für den oben genannten Sachverhalt nach wie vor eine befriedigende Erklärung. Eine weitere Interpretationsmöglichkeit lässt sich wie folgt formulieren : Die Altersachse ist für das Entscheidverhalten bei der Armeeabschaffungs-Inititiave zwar relevant, aber in erster Linie in Kombination mit anderen Faktoren und weniger für sich selbst. Das heisst, dass dann, wenn entlang der Altersachse hinsichtlich politischer Meinungen resp. Entscheidungsbereitschaften auf den ersten Blick deutliche Unterschiede bestehen, "Alter" - weil zum Teil stark mit anderen sozialen Merkmalen verknüpft - u.U. gar nicht das wesentliche Merkmal ist : Die einzelnen Altersgruppen unterscheiden sich einmal im Bildungsniveau - "Junge" haben ceteris paribus im Mittel ein höheres Bildungsniveau als "Alte". Damit verknüpft sind unterschiedliche Berufsfelder und soziale Positionen - "Junge" sind in strukturmodernen Berufsfeldern sowie im Angestelltenstatus überrepräsentiert, "Alte" hingegen (in ihrer Geschichte) im strukturtraditionalen Bereich. "Junge" und "Alte" im urbanen Feld sind nicht dasselbe wie "Junge" und "Alte" im ländlichen Raum. Homologes gilt für die Lokalisation in der deutschen oder in der lateinischen Schweiz, für die Lokalisation in politisch-ideologisch unterschiedlich geprägten Umfeldern etc. Die Liste könne verlängert werden. Konsequenz : Von einem relevanten "Alterseffekt" kann legitimerweise erst dann gesprochen werden, wenn einerseits sowohl zentrale, bekannterweise zumindest in gewissem Ausmass mit der Altersachse verknüpften sozialen und politischen Merkmale sowie andererseits weitere wichtige das zu analysierende Verhalten mitbeeinflussende Faktoren (statistisch) kontrolliert sind. Dies ist einsichtigerweise umso eher möglich, je grösser die Zahl der in einer Umfrage berücksichtigten Personen und je repräsentativer diese Umfrage ist. Aus Kostengründen sind Umfragen notwendigerweise meistens enge Grenzen gesetzt - dies ist verständlich. Die Frage ist nur : Welche validen Aussagen sind innerhalb der jeweils gesetzten Grenzen möglich ?. Dazu in aller Kürze ein kleiner explorativer Exkurs :

Im Mikrozensus 1988 wurden im Rahmen eines per definitionem kantonal, teilweise sogar bis auf subkantonale Raumebenen hinab repräsentativen settings u.a. die soziodemographischen Daten von rund 45'000 Personen

---

[7] Präzis in diese Richtung laufen auch die Ergebnisse einer von A.Riklin & R. Kley für die Stadt St.Gallen durchgeführten Stimmbürgeruntersuchung: "Zum erstenmal in neuerer Zeit entsprach das Beteiligungsverhältnis der einzelnen Altersgruppen einigermassen der Altersstruktur der Einwohnerschaft" (NZZ 18.12.89).

erhoben. Diese Daten - reduziert um die nicht stimmberechtigten Ausländer und "korrigiert" nach den am 26.11. noch bestehenden (minimen) Stimmbeteiligungsdifferenzen zwischen den Kantonen sowie nach den Kantonsanteilen an der gesamtschweizerischen Stimmkraft - geben uns ein sehr differenziertes soziodemographisches Profil der Population, die sich am Urnengang über die Armeeabschaffungs-Initiative beteiligt hat. Auf diese, soziodemographische Imformationen über rund 37'000 stimmberechtigte Schweizer enthaltenden Daten "legen" wir nun die von der Isopublic-Umfrage ermittelten altersabhängigen Zustimmungsneigungen. Konkret : Zufallsverteilt wird 55 % der Individuen im Alter von 20-29 Jahren ein Ja zur Armeeabschaffungs-Initiative zugeordnet, hingegen nur 13 % der Individuen aus der ältesten Stimmbürgergruppe etc. Dass die Altersachse in diesen Design für die statistische Erklärung der Haltung gegenüber der Armeeabschaffungs-Initiative das zentrale Merkmal ist, erstaunt - da definitorisch gesetzt - nicht weiter. Allerdings zeigt sich in einer mehrere Merkmale berücksichtigenden Analyse - aufgrund der bekannten Verknüpfung von Alter und Bildungsniveau an sich nicht überraschend - schon auf dieser Ebene ein nicht zu vernachlässigender "Bildungseffekt" : Individuen mit hoher Bildung neigen in relevantem Ausmass deutlicher zu einem Ja als solche mit tiefer Bildung. Berücksichtigt man daran anschliessend in einer weiteren zufallsgesteuerten Zuordnung auch das Bildungsniveau im Sinne der naheliegenden Hypothese, dass der "Bildungseffekt" in Abhängigkeit vom Alter variiert, so reduziert sich der Alterseffekt weiter. Mit wenigen nach der gleichen Logik umgesetzten ergänzenden Komplexierungen (Einbau der realen sozioökologisch zu beobachtenden, konzeptionell mit dem Konzept des "Kontexteffektes" sehr gut in Verbindung zu bringenden Differenzen deutsche/lateinische Schweiz, stadtnahe/stadtferne Gebiete) vermindert sich die statistisch zu erwartende, rein altersabhängige Zustimmungsdifferenz zwischen den "Jungen" (20-39 Jahre) und den "Alten" (65 Jahre und älter) bald einmal auf einen Drittel des Ausgangsniveau.

Blosser realitätsferner "Konstruktivismus" ? Kaum : Für *eine* detailliertere Realanalyse eignet sich wohl speziell die Verknüpfung von Alter und Bildungsnivau. Zum einen dürfte unbestritten sein, dass "Junge" im Mittel aus "politisch-generationellen" Gründen über ein höheres Bildungsniveau verfügen als "Alte". Zum anderen ist zu erwarten, dass Individuen mit hoher Bildung - speziell solche, die (noch) nicht oder nur diffus in eine institutionalisierte Karriere (und die damit verbundenen Aspirationen und Instrumentalisierungen) eingebunden sind - gegenüber der Armee überdurchschnittlich kritisch eingestellt sind. Begründunggen für diesen Zusammenhang gibt es viele. Eine vermutlich zentrale : Dem Individuum, das nur die obligatorischen Schulen durchläuft, bleibt die Möglichkeit zum Denken über das "Utopische" in vielen Fällen verwehrt ; dem Individuum mit höherer Bildung ist dergleichen zwar nicht garantiert, zumindest aber besteht eine grössere strukturelle Chance zur Realisierung dieser Möglichkeit.

Demzufolge ist zu erwarten, dass sich die Altersachse im Zusammenhang mit der Armeeabschaffungs-Initiative z.B. dann als relevant erweist, wenn Alter und Bildung kombiniert werden ; speziell dann, wenn man die "Jungen" mit hoher den "Alten" mit tiefer Bildung gegenüberstellt. Diese Vermutung wird empirisch bestätigt (Tabelle 2c) : In den Gemeinden mit einem hohen Anteil von "bildungshohen" Stimmberechtigten im Alter zwischen 20-39 Jahren (> 15 %) findet sich im Mittel ein Ja.-Stimmenanteil von 40.3 % (+ 4.7 %), in den Gemeinden mit einem tiefen Anteil (< 5 %) hingegen im Durchschnitt nur ein Ja-Stimmenanteil von 28.6 % (- 7 %). Konsistent zu diesem Muster variieren die mittleren Ja-Stimmenanteile nach dem relativen Gewicht der Stimmbürger im Alter von 65 und mehr Jahren sowie mit tiefer Bildung : Sehr hoher Anteil (> 20 %) 28.6 % Ja (- 6.6 %), sehr tiefer Anteil (> 10 %) 38.4 % Ja (+ 2.8 %). Anzumerken ist hier noch, dass diese Kombination von Alter und Bildung - wenn zusätzlich zu den in Abschnitt 1 diskutierten Merkmalen berücksichtigt - logischerweise den Effekt der gesamten Bildungsvariable reduziert, diesen aber nicht völlig zum Verschwinden bringt. Das heisst, dass hohe Bildung auch in der Altersgruppe der 40Jährigen und Älteren die Wahrscheinlichkeit für ein Ja zur Initiative vergrössert.

Tabelle 2c

% Ja Armeeabschaffungs-Initiative nach bildungs-extremalisierten Altergruppenanteilen
- gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

	Stimmberechtigte Alter 65+ und Bildung tief				
Stimmberechitgte Alter 20-39 und Bildung hoch	-10 %	10-15 %	15-20 %	20 +	
- 5 %			28.2	27.9	28.6
5-10 %		34.5	33.5	29.1	33.5
10-15 %	38.0	35.8	39.9		37.8
15 % +	39.0	45.5			40.3
	38.4	35.9	35.2	28.8	
			Wert CH		35.6

	eta
Alter 65 + und Bildung tief	.27
Alter 20-39 und Bildung hoch	.35
Kombination	.43

In Sachen Armee und Friedenspolitik ist die schweizerische Gesellschaft damit offensichtlich in bedeutend geringerem Ausmass entlang der Altersachse polarisiert oder gespalten, als dies im Vorfeld der Abstimmung immer wieder angenommen worden ist. Zwar bestehen zwischen "Jungen" und "Alten", zwischen unterschiedlichen "politischen" Generationen" und/oder

"Lebenszyklusgruppen" (auch) in Sachen Armee und Friedenspolitik gewisse Einstellungs- und Verhaltensdifferenzen, das Merkmal "Alter" aber konstituiert für sich allein ganz sicher nicht die "neue", zentrale gesellschaftliche und politische Bruchlinie [8]. Die Konzepte "politische Generationen" und "Lebenszyklusgruppen" sind dadurch aber nicht als obsolet zu betrachten, ganz im Gegenteil : Sie bedürfen einer empirisch anspruchsvollen Analyse, speziell auch darum, weil die Trennung von "politisch generationellen" und "lebenszyklischen" Alterseffekten empirisch ein sehr komplexes Untersuchungsdesign.voraussetzt. Sehr interessant auf alle Fälle wäre eine Überprüfung des folgenden Modells (in einem Sample von problemadäquater Grösse und Struktur) auf individuellem Niveau : Welchen Effekt hat die Altersachse auf das Zustimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative, wenn z.B. das Bildungsniveau, die politisch-ideologische Orientierung, die Lokalisation im Stadt-/Land Gefälle, die Zugehörigkeit zur deutschen resp. lateinischen Schweiz und (bei Männern) die "Verarbeitung" der Belastung durch militärische Dienstleistungen kontrolliert sind ?

3. Wertwandel im Materialismus-/Postmaterialismus-Modell

Wieso denn aber wurde im Vorfeld der Abstimmung dem Merkmal "Alter" argumentativ eine so grosse Bedeutung zugeschoben ? Vermutlich darum, weil sich die Altersachse wie kaum eine andere als populäres "Skelett" für die polare Montage von "neuartigen", über die Auseinandersetzungen um Armee und Friedenspolitik hinaus relevanten Einstellungs- und Verhaltensmuster eignet. Diese polarisierten Einstellungs- und Verhaltensmuster sind

---

[8] Zu den nach der ersten Veröffentlichung dieser Resultate von Journalisten ("beraten" durch nahestehende Demoskopen ?) verbreiteten "methodischen Zweifeln" noch eine kleine methodologische Anmerkung : Voraussetzung für eine sozioökologische Aggregatdatenanalyse vom hier verwendeten Typ ist u.a. eine minimale Variabilität (allgemeiner gesprochen : eine minimale Streuung) der für das Entscheidverhalten potentiell relevanten sozialen Merkmale zwischen den Untersuchungseinheiten (in unserem Fall : zwischen den Gemeinden). Die Variabilität der Altersstruktur der Stimmberechtigten erreicht zwar im Vergleich zu anderen Merkmalen nur einen mittleren Wert, ist aber für die Durchführung einer sozioökologischen Aggregatdatenanalyse ohne Zweifel gross genug : Wenn interkategoriale Differenzen von mindestens 15 % hinsichtlich des Anteils der "jüngsten" und/oder der "ältesten" Stimmberechtigtengruppe (bei zudem stark abgeschwächten altersbezogenen Partizipationsunterschieden) nicht deutliche und klar in die postulierte Richtung laufende Zustimmungsunterschiede "produzieren", dann sind "Fehler" wohl eher auf der Ebene der postulierten Regularitäten als auf dem Niveau des empirischen Materials zu suchen. Bemerkenswert zumindest ist der Sachverhalt, dass sich in anderen Zusammenhängen selbst soziale Gemeindemerkmale geringerer Mächtigkeit und zudem eher tiefer Variabilität in der zu erwartenden Richtung empirisch als sehr "potent" erweisen - z.B. das Merkmal "Anteil der leitenden Angestellten" im Zusammenhang mit der Reichtumssteuer-Initiative. "Methodische Zweifel" sind also durchaus angebracht, allerdings in einem anderen Sinne als vermutet : Welcher (empirischen) Methode man sich auch immer bedient, die "Wahrheit" ist nicht ein für alle mal in den Griff zu bekommen, die Entschlüsselung der "Realität" ist und bleibt methodenaffin - und damit mehrdeutig. Wer stur den Resultaten von Individuenbefragungen einen höheren Realitätsgehalt zuerkennt als den über andere Zugriffe gewonnenen Deutungsangeboten dürfte so mitunter bös in die Irre laufen - der "Königsweg" kann sich bei näherem Zusehen auch als "Holzweg" erweisen.

jenseits des schwachen "Skeletts" von Bedeutung und deshalb notwendigerweise im weiteren etwas genauer unter die Lupe zu nehmen : Der Individualismus der "Jungen" stehe gegen den Gemeinsinn der "Alten" ; schrankenloser Egoismus stehe gegen Solidarität, überbordende Selbstverwirklichung gegen Rücksichtsnahme und Beschränkung, ausufernder Hedonismus gegen Pflichtgefühl und Mässigung, utopischer Illusionismus gegen Realismus, intransigenter Fundamentalismus gegen Kompromisskultur. Damit sind wir argumentativ im Zentrum dessen, was in letzter Zeit unter der Etikette "*Wertwandel*" Hochkonjunktur hat. Was aber heisst - jenseits der ungemein verführerischen Leere der Leerformel - "*Wertwandel*" ? :

Die sozialwissenschaftlichen und die (sich mehr oder weniger offen auf diese stützenden) politischen Debatten um den sog. "Wertwandel" sowie um die mit diesem verknüpften gesellschaftlichen und politischen Veränderungen wurden in den letzten Jahren stark von *einem* "Modell" beherrscht : Von der von Inglehart in der zweiten Hälfte der 70er Jahren popularisierten und auch in schweizerischen Umfragen schon benutzten Gegenüberstellung von "*materialistischen*" und "*postmaterialistischen*" Werten resp. Bedürfnissen [9]. Als "*materialistisch*" gelten nach dieser Notation physiologische Bedürfnisse, das heisst Bedürfnisse nach wirtschaftlicher sowie nach physischer Sicherheit. Für die Befriedigung der erstgenannten Bedürfnisse werden dabei z.B. eine stabile Wirtschaft sowie die Erhaltung hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten als notwendige und erstrebenswerte Voraussetzungen betrachtet ; für die Realisierung der zweitgenannten z.B. die Erhaltung starker nationaler Verteidigungskräfte sowie die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung. Als "*postmaterialistisch*" hingegen gelten Sozial- und Selbstverwirklichungsbedürfnisse, das heisst Bedürfnisse, für deren Befriedigung z.B. die Erweiterung der Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte in Gesellschaft und Politik, die Gewährleistung des Rechts auf freie Meinungsäusserung sowie die Schaffung eines "Klimas", in dem "Ideen mehr zählen als Geld" zugleich elementare Voraussetzungen wie anvisierte Ziele sind.

Wer (in Umfragen "künstlich", in politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen "real" zur Entscheidung gezwungen) den physiologischen Bedürfnissen - also der Gewährleistung von wirtschaftlicher und physischer Sicherheit - eine deutlich höhere Priorität zuerkennt als den Sozial- und Selbstverwirklichungsbedürfnissen - also der Realisierung von Zielen jenseits der "Macht des Geldes" - ist so durch eine "materialistische" Wertauffassung gekennzeichnet, gilt als "Materialist". Umgekehrt impliziert eine klare Priorisierung von Sozial- und Selbstverwirklichungsbedürfnissen gegenüber den physiologischen eine "postmaterialistische" Wertauffassung ; wer seine Be-

---

[9] Die Literatur zum Thema ist einsichtigerweise gewaltig, um nicht gar zu sagen abundant. Einen guten Überblick über die Thematik aus der Sicht ihres massgeblichen Promotors gibt folgende Publikation : R. Inglehart (1989), "Kultureller Umbruch - Wertwandel in der westlichen Gesellschaft", Frankfurt/Main, Campus.

dürfnisse so ordnet, gilt als "Postmaterialist" [10]. Konzeptionelle Basis dieses "Modells" ist somit eine eindimensionale, bipolare Wertstruktur - deren "Realität" sich mittels dieser Logik verpflichteten Befragungen in vielen hochentwickelten (westlichen) Gesellschaften auch empirisch stringent nachweisen lässt.

Hochentwickelte (westliche) Gesellschaften erscheinen so grundsätzlich durch die gleiche Wertpolarität gekennzeichnet. Unterschiede bestehen nur in der relativen Besetzung der beiden einander polar gegenüberstehenden Wertpositionen : Der Anteil der "Postmaterialisten" in der Bevölkerung variiert deutlich nach Massgabe des (materiellen) Entwicklungsniveaus eines Landes. In den eher "reichen" westlichen Ländern (so logischerweise auch in der Schweiz) verfügt die "postmaterialistische" Wertauffassung über eine breitere Anhängerschaft als in den eher "armen" (als z.B. in Irland). "Postmaterialismus" kovariiert also positiv mit dem ökonomischen Entwicklungsniveau, mit Affluenz - ein Sachverhalt, der in diesem "Modell" implizit kausal gedeutet wird : Je höher das ökonomische Entwicklungsniveau, desto grösser die materielle Sicherheit - und desto grösser die Sättigung "materialistischer" Werte. Je grösser die Sättigung "materialistischer" Werte, desto grösser der Freiheitsgrad für "Neues" - desto ausgrägter der "drive" zu "postmaterialistischen" Wertauffassungen.

Die Zunahme des Gewichts der "postmaterialistischen" auf Kosten der "materialistischen" Werthaltung ist demzufolge nach diesem "Modell" der zentrale Gehalt der unter dem Begriff des "Wertwandels" zusammenzufassenden Veränderungen - Veränderungen, die mitunter "kulturkritisch" auch als eine Art "unbeabsichtigte Folge" (wenn nicht gar : "selbstdestruktive" Konsequenz) des epochalen, für die Realisierung eines vorher unvorstellbaren Niveaus materieller Affluenz ursächlichen Nachkriegs-Booms gedeutet werden. Demtsprechend bilden in diesem "Modell" speziell die durch die Boom-Jahre nach dem 2. Weltkrieg politisch-gesellschaftlich sozialisierten Altersgruppen, denen die biographische Erinnerung an die Zeiten ausgeprägter materieller Knappheiten, an die Situationen alltäglicher Nichtrealisierung von "materialistischen" Werten, fehlt, die Speerspitzen des "Wertwandels". Der "Wertwandel" führt so nicht nur zu einer klaren Veränderung der politisch-gesellschaftlichen Konfliktstruktur - die "alten" Konflikte um die Befriedigung der physiologischen Bedürfnisse, die "alten" Kämpfe um materielle und physische Sicherheit, treten in den Hintergrund resp. werden durch die "neuen" Konflikte zwischen "Materialisten" und "Postmaterialisten" überlagert (und vermutlich bald einmal abgelöst), sondern auch zu einer zunehmenden Polarisierung resp. Spaltung der Gesellschaft entlang der Altersachse, zu einer Art "Generationenkonflikt neuen Typs".

---

[10] Personen, die sich nicht eindeutig für den einen oder anderen Pol entscheiden, sind durch "gemischte" Wertauffassungungen gekennzeichnet. "Gemischte" Wertauffassungen werden dabei nach Massgabe des relativen Gewichts der beiden Pole manchmal auch noch unterteilt in "materialistisch-gemischte" und "postmaterialistisch-gemischte".

Dass auf individueller Ebene zwischen der Positionierung auf der eben kurz skizzierten "Materialismus-/Postmaterialismus-Dichotomie" einerseits, dem Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative andererseits ein deutlicher Zusammenhang besteht, ist sehr, sehr wahrscheinlich. Ja, für die (theoretische wie emprische) Auseinandersetzung mit dem Inglehartschen "Modell" (und den sich explizit wie implizit darauf stützenden "gesellschaftskritischen" Instrumentalisierungen) ist die Armeeabschaffungs-Initiative geradezu ein paradigmatisches Schlüsselereignis, da der (armeebezogene) Konflikt zwischen "materialistischen" Sicherheits- und "postmaterialistischen" Selbstverwirklichungsbedürfnissen in der "Argumentenbatterie" gar zweimal - und zwar polar verstärkend - zum tragen kommt : Zum einen auf der Seite des "Materialismus" - wer der Aufrechterhaltung starker nationaler Verteidigungskräfte (oder m.a.W. : einer starken Armee) eine hohe Priorität zuerkennt, optiert per definitionem "materialistisch" ; "Armeeabschaffer" werden in dieser Gruppe kaum zu finden sein, denn für die "Armeeabschaffer" produziert eine starke Armee keine physische Sicherheit, sondern das pure Gegenteil - Bedrohung und Unsicherheit. Zum anderen auf der Seite des "Postmaterialismus" - wer der Erweiterung der Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in Gesellschaft und Politik eine hohe Priorität zuerkennt, optiert per definitionem "postmaterialistisch" ; Armeebefürworter werden in dieser Gruppe wohl nur sehr wenige zu finden sein, gilt doch (auch) die schweizerische (Miliz)Armee nicht gerade als privilegiertes Übungsfeld für Selbstbestimmung. "Postmaterialisten" dürften so die Initiative in stark überdurchschnittlichem Ausmass unterstützt, "Materialisten" hingegen stark überdurchschnittlich abgelehnt haben. Daraus folgt - empirisch quasi von der "Abhängigen" aufgezogen - für den Gemeindevergleich : Je grösser der Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative, desto grösser die Relevanz von "postmaterialistischen", je grösser hingegen der Nein-Stimmenanteil, desto grösser die Relevanz von "materialistischen" Werten. Und auf dem Hintergrund der oben im Zusammenhang mit dem Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative diskutierten Regularitäten liessen sich dementsprechend "Materialismus" resp, "Postmaterialismus" strukturell, kulturell sowie politisch-ideologisch auch klar verordnen.

Gehen wir einmal davon aus, dass unsere Vermutung - auf individueller Ebene ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Positionierung auf der "Materialismus-/Postmaterialismus-Dichotomie" und dem Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative - zutrifft, und stellen wir uns daran anschliessend die Frage : Was wissen wir aufgrund dieses Sachverhalts eigentlich theoretisch, empirisch und politisch Präzises über die Struktur des im Zusammenhang mit der Armeeabschaffungs-Initiative zum Ausdruck kommenden Konflikt zwischen "Materialisten" und "Postmaterialisten" ? Oder anders formuliert : Vermag das "Materialismus-/Postmaterialismus-Modell" die sich in den letzten Jahren verstärkt auch politisch auswirkenden Veränderungen überhaupt problemadäquat zu erfassen ? Unsere Antwort(en) : Wir wissen in vieler Hinsicht (zu)wenig Präzises und das "Materialismus-/Postmaterialismus-Modell" vermag die Struktur und den Gehalt des-

sen, was seit etlichen Jahren verstärkt zur Oberfläche (und somit zur Realisierung) drängt, konzeptionell nicht auf den Begriff zu bringen :

Problematisch ist zum *ersten* die - sich an die Maslowsche Bedürfnistaxonomie anlehnende - Gegenüberstellung resp. Hierarchisierung von "materialistischen" Sicherheits- und "postmaterialistischen" Selbstverwirklichungsbedürfnissen. Erstere gelten als primär, als vorauslaufend, als "Basis" ; letztere hingegen als sekundär, als nachlaufend, als "Überbau". Dass auf der Grundlage eines hohen materiellen Entwicklungsniveaus sowie der Abwesenheit von physischer Bedrohung für die Selbstentfaltung, für "gehobenere" Aktivitäten strukturell ein grösseres Potential besteht als in einer "Mangel- und/oder Kriegsgesellschaft", liegt auf der Hand, ja ist gar trivial. "*Zuerst kommt das Fressen, dann kommt die Moral*" textete spitz schon Brecht in der Dreigroschenoper. Aber : Lassen sich die Bedingungen für Sicherheit und Selbstverwirklichung jenseits einer Situtation des absoluten Mangels oder des offenen Kriegszustandes (Situationen, die heute in Westeuropa ganz sicher nirgends vorzufinden sind) tatsächlich so klar voneinander trennen ? Sind in Konflikten um die Regelung des Bereichs der materiellen und physischen Sicherheit nicht immer auch Konflikte um den strukturellen Spielraum zur Selbstentfaltung resp. -verwirklichung mitenthalten (und umgekehrt) ? Zwei schweizerische Beispiele mit historischem wie aktuellem Bezug : Im Kampf der Linksparteien und der Gewerkschaften um die Einführung (und dann um die Aufrechterhaltung) des 8-Stunden-Tages in den frühen 20er Jahren ging es nicht nur um eine "gerechte" Begrenzung der "Ausbeutung" im Sinne von "gleicher Lohn für weniger Arbeitsstunden", sondern auch um die Garantie eines Minimums an freier Zeit für die Selbstorganisation und -verwirklichung ; die Auseinandersetzungen der letzten Jahre um die 40-Stunden-Woche liegen zwar in einer anderen Zeit, sind aber konzeptionell von den früheren so verschieden auch wieder nicht. Die kritische Haltung linker und religiössozialistischer Kreise gegenüber der schweizerischen Armee in den 20er und 30erJahren wäre fehlinterpretiert, wenn man behaupten würde, die physische Sicherheit hätte für diese Kritiker keine Rolle gespielt ; ganz im Gegenteil : Ob physische Sicherheit ohne überbordende Einschränkung von Selbstverwirklichungsmöglichkeiten sinnvollerweise noch im Rahmen des Nationalstaates mit einer Armee, die konkret auch als "Disziplinierungsinstrument der Bourgoisie" erfahren wurde, zu realisieren sei, das waren zentrale Gesichtspunkte. Dass analoge Fragen auch im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Armeeabschaffungs-Initiative von Bedeutung sind, liegt auf der Hand. Selbstverwirklichung setzt so zwar ein Minimum an Sicherheit voraus, aber jenseits einer Situation des weitverbreiteten absoluten Mangels und/oder der totalen physischen Bedrohung gibt es keine Sicherheit ohne Selbstverwirklichung. Sicherheits- und Selbstverwirklichungsbedürfnisse sind so sinnvollerweise nicht als einander gegenüberliegende Pole auf einer Achse - als "Materialismus-/Postmaterialismus-Dichotomie" - zu konzeptionalisieren, sondern als zwei voneinander zunächst einmal unabhängige (Bedüfnis)Achsen mit je eigener Realität. In einem derartigen - immer noch relativ simplen design - wird dann vermutlich bald einmal

zu zeigen sein, dass die der Realisierung von Selbstverwirklichungsbedürfnissen ein hohes Gewicht zuordnenden "Postmaterialisten" materielle und physische Sicherheit gar nicht so geringschätzen, wie dies immer wieder vermutet wird - sie interpretieren sie vielleicht bloss anders als "Materialisten".

Problematisch ist zum *zweiten* die konzeptionelle Unklarheit dessen, was für den Bereich des "Materialistischen" - des dem "Neuen", dem "Postmaterialistischen" vorauslaufenden "Alten" - als konstitutiv betrachtet wird. Ein zentrales Element des "Alten" - speziell im Bereich der materiellen Sicherheit - sind Verteilungsproblematiken (und daran anknüpfende Verteilungskonflikte). Im Bereich des Materiellen steht nicht nur das gesamhaft zur Verfügung stehende absolute Güterniveau zur Debatte, sondern zentral auch die Frage der Verteilung, das Problem Gleichheit/Ungleichheit resp. Gerechtigkeit/Ungerechtigkeit. Weniger klar ist dies schon im Bereich der physischen Sicherheit - Verteilungsprobleme sind hier zwar mitenthalten, da physische Sicherheit (speziell die Aufrechterhaltung starker nationaler Verteidigungskräfte) gratis nicht zu haben ist und die Berappung der anfallenden Kosten mit sozialen Inzidenzen verknüpft ist. Aber es kommt noch etwas Weiteres hinzu : Wem die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung (jenseits aktueller Gefährdungen) sehr wichtig ist, trifft unter Rückgriff auf konservative Werthaltungen einen Wertentscheid : Kontrolle und Disziplin sind wichtiger als Offenheit und Kreativität. Damit kommen unterschiedliche Werthaltungen, unterschiedliche Überzeugungssysteme zum Tragen - Werthaltungen und Überzeugungssysteme, deren interne Konfliktivität kaum mehr bruchlos mit der Logik von Verteilungsproblemen in Beziehung zu bringen ist. In einem weiteren Schritt wird schnell ersichtlich, dass auch in Auseinandersetzungen, die sich an der Oberfläche als simple "materialistisch" orientierte Verteilungskonflikte präsentieren, vielfach derartige unterschiedliche Werthaltungen mit eine Rolle spielen. Denn : Was heisst denn eigentlich Gleichheit/Ungleichheit ? Was heisst Verteilungsgerechtigkeit ? Verteilungsgerechtigkeit für wen ? Ein Beispiel : "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" - ein Aspekt der ökonomischen Gleichberechtigung von Frauen und Männern - ist heute ein an der Oberfläche mehrheitlich akzeptiertes Postulat. Von der Realisierung dieses Postulats sind wir aber noch weit entfernt, zentral auch darum, weil immer wieder "alte" Wertvorstellungen über eine fundamentale "Differenz" zwischen Frauen und Männern, ja gar Wertvorstellungen, die die Gleichberechtigung der Geschlechter als überhaupt nicht realisierbar und sogar für "widernatürlich" halten, zum Vorschein kommen. Hier sind also ein Wert- und ein Verteilungskonflikt in einer nicht immer leicht durchschaubaren Art und Weise miteinander verknüpft - und der angesprochene Wertkonflikt ist bekanntlich alt, sehr alt ; z.B. anhand der Auseinandersetzungen um die politische Gleichberechtigung von Frau und Mann, das heisst um die Einführung des Frauenstimmrechts politisch-öffentlich bis ins Ende des 19. Jh. zurückzuverfolgen. Die reale Komplexität des "Alten" würde so gewaltig unterschätzt, konzipierte man das "Alte" bloss als eine simple Abfolge von Verteilungskämpfen um den mal wachsenden, mal schrumpfenden "Kuchen". Verteilungskonflikte sind das

eine, machmal mit diesen verschränkten, manchmal aber sich auch sehr autonom gebärdende Wertkonflikte sind das andere. Und man kann gar behaupten : Die relative Autonomie von Wertkonflikten einerseits, Verteilungskonflikten andererseits ist ein zentrales Strukturmerkmal der "Moderne". Die "Materialismus-/Postmaterialismus-Dichotomie" miss-spezifiziert damit die reale Kompexität des "Alten" - und überschätzt infolgedessen notgedrungenerweise die Neuartigkeit des "Neuen". Denn : Vielleicht treffen sich im "Postmaterialismus" bloss "alte", bekannte Konfliktlinien im einem "neuen" Mischungsverhältnis - und die "Postmoderne" ist gar nicht so erregend "neu", sondern ganz einfach (weitergeführte) "Moderne".

4. Wertwandel jenseits der Angst vor dem Zerfall

Das "Materialismus-/Postmaterialismus-Modell" ist so für die problemadäquate Erfassung der Veränderungen, die seit etlicher Zeit unter der Etikette "Wertwandel" gehandelt werden, in verschiedener Hinsicht konzeptionell zu unpräzis und zudem für "voluntaristische" politische (Fehl)Deutungen in einer fast unverantwortlichen Art und Weise "interpretationsoffen". Wir präsentieren so im folgenden einen alternativen Bezugsrahmen und überprüfen dann dessen explikative Kapazität als erstes einmal an der Armeeabschaffungs-Initiative.

Empirisch basiert dieser Bezugsrahmen auf den Resultaten umfangreicher Zeitreihenanalysen von Abstimmungsverhaltensdaten auf Regions- und Gemeindeebene [11]. Auf dem Hintergrund dieser Analysen ist offensichtlich, dass in der Schweiz u.a. zwei übergreifende - also in sehr diversen konkreten Sachzusammenhängen evozierbare - Konfliktlinien mit unterschiedlichem konzeptionellen wie politischem Gehalt bestehen - zwei Konfliklinien, deren Relevanz sich übrigens unschwer auch in anderen hochentwickelten Ländern nachweisen lässt :

Basis der *ersten* Konfliktlinie sind die zwischen Modernisten und Traditionalisten, die - politisch gesprochen - zwischen "Liberalen" und "Konservativen" bestehenden unterschiedlichen Wertauffassungen und Überzeugungssysteme. Vereinfacht kann man sagen, dass die wert-progressive Auffassung (die Sicht vom "Pol des Neuen") die Realität offener, komplexer strukturiert als die wert-konservative (die Sicht vom "Pol des Alten"). Dies verweist - allgemeiner formuliert - auf die Existenz von Code-Differenzen ; auf die gesellschaftlich wie politisch bedeutsamen Differenzen zwischen jeweils "elaborierten" (wert-progressiven) und "restringierten" (wert-konservativen) Codes. Damit ist nicht implizit auch eine "moralische" Wertung verbunden - denn Realität kann und wird in Abhängigkeit von unterschiedlichen materiellen

---

[11] Bezirke : Alle eidg. Abstimmungen seit 1874. Gemeinden : Alle eidg. Abstimmungen seit 1967, Zeitraum 1874-1966 noch unvollständig.

wie ideologischen Umfeldern ungleich wahrgenommen und interpretiert ; Code-Differenzen fallen nicht vom Himmel, sie werden gesellschaftlich und politisch produziert. Drei Beispiele für derartige Codes-Differenzen aus jüngerer Zeit : Über die "Welt jenseits der Schweizer Grenzen" bestehen sehr unterschiedliche Vorstellungen - über einen wie starken Anhang in der Schweiz in Sachen Aussenpolitik isolationistische Vorstellungen noch zählen können, zeigte 1986 die Abstimmung über den UNO-Beitritt. Im weiteren ist Bildung, ist Qualifikation für ein ressourcenarmes Land wie die Schweiz anerkanntermassen zu einem der zentralsten Produktionsfaktoren geworden ; aber mehr Bildung, speziell mehr höhere Bildung impliziert auch ein grösseres Potential für die Infragestellung von traditionalen Zuständen - dass dies bei vielen nicht auf Begeisterung stösst, zeigte 1978 das erfolgreiche Referendum gegen das Hochschulförderungsgesetz. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern schlussendlich ist heute zwar ein an der Oberfläche grossmehrheitlich akzeptiertes Postulat - dass damit aber Vorstellungen über die "natürliche Hierarchie der Geschlechter" noch lange nicht zur Bedeutungslosigkeit verkümmert sind, demonstrierte im Jahre 1985 die nicht gerade überwältigende Annahme des revidierten Ehe- und Erbrechts. Analysiert man die strukturellen, kulturellen und politisch-ideologischen Bestimmungsfaktoren der wert-progressiven resp. wert-konservativen Auffassungen im Gemeindevergleich , so sind folgende Regularitäten festzustellen : Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der Angestellten (speziell der Angestellten in leitender Position), der Anteil der in einem Gross- oder Mittelzentrum Erwerbstätigen, der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung, das pro-Kopf-Einkommen sowie der Links-Wähleranteil, desto ausgeprägter im Mittel die wert-progressive Orientierung der Bevölkerung. Umgekehrt : Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der Selbständigen und mitarbeitenden Familienmitlieder, der Anteil der ausserhalb eines Gross- oder Mittelzentrums Erwerbstätigen, der Anteil der Stimmberechtigen mit tiefer Bildung und der Wähleranteil der bürgerlichen Parteien sowie je geringer das pro-Kopf-Einkommen, desto ausgeprägter im Durchschnitt die wert-konservative Orientierung der Bevölkerung. Im weiteren besteht ein nicht unwesentlicher Unterschied zwischen den sprachkulturellen Makroregionen : Die lateinische Schweiz artikuliert sich im Mittel überdurchschnittlich wert-progressiv, die deutsche Schweiz hingegen überdurchschnittlich wert-konservativ.

Basis der *zweiten* Konfliktlinie sind die zwischen Egalitaristen und Nichtegalitaristen, die - politisch gesprochen - zwischen "Linken" und "Bürgerli-

---

12 Zur Bestimmung des mittleren Gewichts der wert-progressiven resp. wert-konservativen Orientierung in den Gemeinden einige Erläuterungen : Je grösser im Gemeindevergleich die Übereinstimmung der relativen Zustimmungsdifferenzen bei zwei Vorlagen, desto ähnlicher die Interpretation dieser Vorlagen durch den Stimmbürger - unabhängig von der hier nicht im Zentrum des Interesse stehenden generellen Bereitschaft zur Zustimmung oder Ablehnung (heisst : dem gesamtschweizerischen Ja-Stimmenanteil). Eine - auch hier benutzte - Möglichkeit zur Bestimmung des durchschnittlichen Verhaltens einer Gemeinde bei mehreren im eben definierten Sinne ähnlichen Vorlagen ist die Faktorenanalyse, die für jede Gemeinde die im Mittel bei diesen Vorlagen zu erwartende relative Abweichung vom Durchschnitt (bei gewichteten Analysen : vom gesamtschweizerischen Ja-Stimmenanteil) bestimmt.

chen" bestehenden unterschiedlichen Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen resp. Interessenlagen. Vereinfacht kann man sagen, dass die *verteilungs-progressive* Auffassung (die Sicht "von unten") nicht nur Verteilungsungleichheiten, die unter Verweis auf zurechenbare "Leistung" oder "Berechtigung" nicht zu legitimieren sind, diagnostiziert, sondern der Realisierung von Gerechtigkeit und Gleichheit in Gesellschaft und Politik auch eine viel höhere Zentralität zuordnet als die *verteilungs-konservative* (die Sicht "von oben"). Ziel des verteilungs-progressiven Interessenstandpunktes ist demzufolge Umverteilung und Egalisierung - also Verteilungs-Dynamik ; Ziel des verteilungs-konservativen Standpunktes hingegen Verteilungs-Stabilität - Stabilität nicht unbedingt im absoluten, wohl aber im relationalen Sinne. Auch hier drei Beispiele für typische derartige Interessen-Differenzen aus jüngerer Zeit : Der Arbeitgeber resp. Kapitaleigner ist zwar infolge des dichten Geflechts von Gesamtarbeitsverträgen und staatlicher Arbeitsschutzregelungen nicht mehr in gleichem Ausmass "König" wie noch im auslaufenden 19. Jh. ; trotzdem aber hat der Arbeitnehmer auch heute nur in den wenigsten Fällen das Recht und die Möglichkeit, institutionalisiert bei wichtigen Betriebs- und Unternehmensentscheiden mitzubestimmen - dass diese Situation nur einer Minderheit "unter die Haut" geht, zeigte 1976 die deutliche Ablehnung der *Mitbestimmungs-Initiative*. Im weiteren hat derjenige, der viel verdient, auf der Grundlage von progressiven Steuersätzen dem Fiskus in Kantonen und Gemeinden einen prozentual höheren Anteil seines Einkommens abzuliefern als der Kleinverdiener ; weil sich aber die Steuersätze für hohe Einkommen einer unerhörten Vielfalt erfreuen, wird das Gebot der "Steuergerechtigkeit" in der Praxis bekannterweise häufig unterlaufen - ein Zustand, an dem sich viele immer wieder stören und der sicher wesentlich zum respektablen Ja-Stimmenanteil von fast 45 % bei der *Reichtumssteuer-Initiative* (1977) beigetragen hat. Der Konsument schlussendlich hat für die Güter, die er erwerben will, einsichtigerweise den geforderten Preis zu bezahlen ; aber ob es sich beim jeweils geforderten um einen "gerechten" Preis (also um einen, in dem keine übersetzten Gewinnerwartungen zur Realisierung drängen) handelt, ist von den meisten mangels Zugang zu den relevanten Berechnungsgrundlagen nie und nimmer in Erfahrung zu bringen - dass sich zumindest in dieser Hinsicht in den letzten Jahren ein "kritisches Konsumentenbewusstsein" entwickelt hat, zeigte 1982 die Annahme der (gar durch einen Gegenvorschlag konkurrenzierten) *Preisüberwachungs-Initiative*. Analysiert man die strukturellen, kulturellen und politisch-ideologischen Bestimmungsfaktoren für diese beiden Interessenstandpunkte im Gemeindevergleich, so ist folgendes festzustellen : Je grösser in einer Gemeinde der Linkswähler-Anteil und der Anteil der Arbeiter oder der unteren Angestellten sowie je kleiner der Anteil der Stimmberechtigtem mit hoher Bildung und je tiefer das pro-Kopf-Einkommen, desto ausgeprägter verteilungs-progressiv die Orientierung der Bevölkerung. Umgekehrt : Je grösser in einer Gemeinde der Wähleranteil der bürgerlichen Parteien und der Anteil der Selbständigen oder der leitenden Angestellten sowie je grösser der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung und je grösser das pro-Kopf-Einkommen, desto ausgeprägter vertei-

lungs-konservativ die Orientierung der Bevölkerung. Auch hier besteht zumindest in gewissem Ausmass ein Unterschied zwischen den sprachkulturellen Makroregionen : Die lateinische Schweiz artikuliert sich im Mittel überdurchschnittlich verteilungs-progressiv, die deutsche Schweiz hingegen überdurchschnittlich verteilungs-konservativ.

Verknüpft man nun diese beiden Konfliktdimensionen mit dem Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative, so sind die folgenden Regularitäten festzustellen (Tabelle 3) :

Tabelle 3

% Ja Armeeabschaffungs-Initiative nach Wert- und Verteilungs-Progressismus - gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

Wert-Progressismus	Verteilungs-Progressismus						
	sehr tief	tief	tief-mittel	mittel	mittel-hoch	hoch + sehr hoch	
Hoch + sehr hoch	34.8	39.9	39.7	40.0	43.6	48.3	42.7
Mittel-hoch	32.3	36.5	35.9	37.6	38.2	41.7	37.4
Mittel	30.4	33.1	34.4	36.7	37.7	40.7	36.4
Tief-mittel	28.5	31.1	32.0	33.0	32.2	37.0	32.7
Tief	26.7	29.3	30.2	30.9	28.8	36.3	30.3
Sehr tief	23.7	24.7	25.3	24.9	29.4	29.0	26.7
	30.5	32.3	33.5	34.2	37.3	40.9	
					Wert CH		35.6

	eta
Wert-Progressismus	.66
Verteilungs-Progressismus	.43
Kombination	.77

- Je ausgeprägter wert-progressiv die Orientierung der Bevölkerung in einer Gemeinde, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative ; je ausgeprägter wert-konservativ hingegen die Orientierung, desto geringer im Durchschnitt die Zustimmungsquote. In den Gemeinden, die sich in den letzten Jahren stark überdurchschittlich wert-progressiv artikuliert haben, wird im Mittel ein Ja-Stimmenanteil von 42.7 % (+ 7.1 %), in den Gemeinden mit einer stark überdurchschnittlichen wert-konservativen Haltung hingegen im Durchschnitt nur ein Ja-Stimmenanteil von 26.7 % (- 8.9 %) realisiert. - In Anknüpfung an die eingangs diskutierten Problemebenen : Konzeptionell ist *Wert-Progressismus* mit der Dominanz von *relationistischen*, *Wert-Konservativismus* hingegen mit der Vorherrschaft von *substanzialistischen* Identitäten oder Identifikationen verknüpft. Die Zustimmung zur

Armeeabschaffungs-Initiative ist somit umso grösser, je grösser das Gewicht relationistischer Identitäten oder Identifikationen.

- Je ausgeprägter verteilungs-progressiv die Orientierung der Bevölkerung in einer Gemeinde, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative ; je ausgeprägter verteilungs-konservativ hingegen die Orientierung, desto geringer im Durchschnitt die Zustimmungsquote. In den Gemeinden, die sich in letzter Zeit stark überdurchschnittlich verteilungs-progressiv artikuliert haben, wird im Mittel ein Ja-Stimmenanteil von 40.9 % (+ 5.3 %), in den Gemeinden mit einer stark überdurchschnittlichen verteilungs-konservativen Haltung hingegen im Mittel nur ein Ja-Stimmenanteil von 30.5 % (- 5.1 %) erreicht. - In Anknüpfung an die eingangs diskutierten Problemebenen : Konzeptionell ist *Verteilungs-Progressismus* mit der Dominanz von *umverteilungs-orientierten*, *Verteilungs-Konservativismus* hingegen mit der Vorherrschaft von *stabilitäts-orientierten* Sichtweisen verknüpft. Die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Initiative ist somit umso grösser, je grösser das Gewicht von umverteilungs-orientierten Sichtweisen.

Die mittlere Zustimmungsquote zur Armeeabschaffungs-Initiative steigt also sowohl mit zunehmendem Wert- als auch mit sich verstärkendem Verteilungs-Progressismus ; umgekehrt sinkt die mittlere Zustimmungsquote sowohl mit zunehmendem Wert- als auch mit sich verstärkendem Verteilungs-Konservativismus. Die empirische - bei der Kombination beider Dimensionen klar sichtbar werdende - Konsequenz : Den maximalsten Ja-Stimmenanteil realisiert die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel in den Gemeinden, die sowohl wert- als auch verteilungsbezogen stark überdurchschnittlich progressiv orientiert sind - 48.3 % (+ 12.7 %) ; den minimalsten im Durchschnitt hingegen in den sowohl wert- als auch verteilungsbezogen stark überdurchschnittlich konservativ orientierten Gemeinden - 23.7 % (- 11.9 %).

Die im Entscheidverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative zum Ausdruck kommende Konfliktivität ist also "neu" insofern, als die maximalen Differenzen "quer" zu den entlang "klassischer" Konfliktdimensionen zu beobachtenden Polaritäten liegen, aber "alt" in dem Sinne, als sie eine nicht so abwegige Neukombination von Bekanntem darstellt - was eine etwas detaillierte Betrachtung der vier auf der Basis der beiden "klassischen" Konfliktdimensionen implizit schon längst definierten Orientierungs-Konfigurationen bald einmal durchsichtig macht :

- Die stadtfernen Gemeinden mit hohem Selbständigen-Anteil, hohem Anteil von Stimmberechtigten mit tiefer Bildung und hohem Gewicht der bürgerlichen Parteien sowie mit tiefem pro-Kopf-Einkommen bilden im Mittel den "Idealtyp" der (konsistenten) *wert- und verteilungskonservativen* Konfiguration. Wert-Progressismus stösst hier auf Widerstand - die Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter strandet an traditionalen Vorstellungen über die Rolle der Frau und an den "strukturellen Zwängen" des Familienbetriebs ; der "Wert" höherer Bil-

dung ist gering - nicht zuletzt darum, weil es für Absolventen höherer Schulen kaum Arbeitsplätze gibt ; und von einer aktiveren Aussenpolitik werden in erster Linie negative Rückwirkungen erwartet. Auch Verteilungs-Progressismus stösst auf Widerstand - von etlichen Verteilungsproblematiken der "modernen Gesellschaft" ist man nur vermittelt betroffen und zudem sind viele von der Weiterführung des staatlichen Engagements im Bereich der Landwirtschaftssubventionen existentiell abhängig. Die Armeeabschaffungs-Initiative stösst hier auf ein stabilitäts-orientiertes Feld, in dem substanzialistische Identitäten oder Identifikationen in überdurchschnittlichem Ausmass verankert sind - daraus resultiert im Mittel ein tiefer, deutlich unter dem schweizerischen Wert liegender Ja-Stimmenanteil.

- Die stadtfernen Gemeinden mit hohem Arbeiter-Anteil, hohem Anteil von Stimmberechtigten mit tiefer Bildung und hohem Linkswähler-Anteil sowie mit tiefem pro-Kopf-Einkommen bilden im Mittel den "Idealtyp" der (inkonsisten) *wert-konservativen/verteilungs-progressiven* Konfiguration. Wert-Progressismus stösst hier (zum Teil aus den gleichen Gründen wie im eben diskutierten Feld) auf etlichen Widerstand - auf den Widerstand dessen, was man als "konservative Arbeiterkultur" bezeichnen kann. Ganz im Gegenteil dazu findet Verteilungs-Progressismus eine starke Anhängerschaft - in der grossen Mehrheit ist man Lohnabhängiger (mehrheitlich im industriellen Sektor) und damit von ungenügenden Mitbestimmungsrechten in den Betrieben zum Teil (z.B. bei Betriebsschliessungen) sehr direkt betroffen ; als "Kleinverdiener" wünscht man sich eine Umverteilung der Steuerlast und mehr Steuergerechtigkeit ; als Konsument mit beschränkten Ressourcen schätzt man das wache Auge des Staates gegenüber dem Preisgebaren der Anbieter. Die Armeeabschaffungs-Initiative stösst hier auf ein Feld, in dem substanzialistische Identitäten oder Identifikationen zwar in überdurchschnittlichem Ausmass verankert sind, das aber stark umverteilungsorientiert ist - daraus resultiert im Mittel ein eher tiefer, unter dem gesamtschweizerischen Wert liegender Ja-Stimmenanteil. In diesem Feld - im Aktionsraum der "alten", der industrialistisch-gewerkschaftlichen Linken - "siegt" bei der Armeeabschaffungs-Initiative also zumindest teilweise der Wert-Konservativismus über den Verteilungs-Progressismus. Dass die Angst vor dem Abbau militärauftragsabhängiger Arbeitsplätze bei der Deutung dieses Sachverhaltes mitzurücksichtigen ist, liegt auf der Hand - unter Rekurs auf dieses Argument lässt er sich aber keineswegs abschliessend erklären, ist das gleiche Muster doch auch in anderen Zusammenhängen zu beobachten

- Die hochurbanen Gemeinden mit hohem Anteil von leitenden Angestellten, hohem Anteil von Stimmberechtigten mit hoher Bildung und mit sehr hohem pro-Kopf-Einkommen bilden im Mittel den "Idealtyp" der (inkonsistenten) *wert-progressiven/verteilungs-konservativen* Konfiguration. Wert-Progressismus findet hier eine überdurchschnittlich grosse

Anhängerschaft - die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist zumindest solange, als damit nicht zu grosse Kosten verbunden sind, kein die Gemüter besonders bewegendes Thema ; höhere Bildung ist für Beruf und Karriere eine existentielle Voraussetzung ; und eine aktivere Aussenpolitik, speziell eine auf den Abbau von wirtschaftspolitischen "Grenzhindernissen" ausgerichtete Aussenwirtschaftspolitik, ist erwünscht. Kein Thema hingegen ist die Umverteilungsfrage, Verteilungs-Progressismus stösst auf starken Widerstand - der Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer "rüttelt" an den bisher gültigen Entscheidungshierarchien und -freiheiten ; eine Verlagerung der Steuerlast von unten nach oben wird als illegitim betrachtet ; und ein stärkeres Engagment des Staates im Binnenfeld zugunsten der "Kleinen" gilt noch bald einmal als "systemfremd". Die Armeeabschaffungs-Initiative stösst hier auf ein stabilitäts-orientiertes Feld, in dem aber relationistische Identitäten oder Identifikationen in überdurchschnittlichem Ausmass verankert sind - daraus resuliert im Mittel ein Ja-Stimmenanteil, der in etwa auf dem Niveau des gesamtschweizerischen Wertes liegt. In diesem Feld "siegt" bei der Armeeabschaffungs-Initiative zumindest teilweise der Wert-Progressismus über den Verteilungs-Konservativismus.

- Die hochurbanen Gemeinden mit hohem Anteil von Angestellten (ohne leitende Funktionen), mittlerem bis hohem Anteil von Stimmberechtigten mit hoher Bildung, mittlerem bis hohem pro-Kopf-Einkommen und mittlerem bis hohem Linkswähler-Anteil bilden im Mittel den "Idealtyp" der (konsistenten) *wert- und verteilungs-progressiven* Konfiguration. Hier können Wert- und Verteilungs-Progressismus gleichzeitig auf eine starke Anhängerschaft zählen Es vermischen sich (klassischer) Wert- und Verteilungs-Progressismus zu einem "neuen" Konglomerat, in dem einerseits sowohl die Umverteilungs-Option der "alten" Linken (enthoben ihrer "ökonomistischen" Beschränkung) und andererseits die Modernitäts-Option der "alten" Liberalen (enthoben ihrer Beschränkung die auf das "Ökonomische" nicht direkt tangierenden Bereiche) zu einem neuen Verhältnis finden. Die Armeeabschaffungs-Initiative stösst hier so auf ein Feld, in dem sowohl relationistische Identitäten oder Identifikationen als auch umverteilungs-orientierte Sichtweisen in überdurchschnittlichem Ausmass verankert sind - daraus resultiert im Mittel ein hoher, deutlich über dem gesamtschweizerischen Wert liegender Ja-Stimmenanteil. Dieses Feld ist der Aktionsraum der "neuen", der "wachstumskritischen" Linken sowie der "neuen Bewegungsparteien".

"Neu" im Zusammenhang mit der Armeeabschaffungs-Initiative ist also zumindest der Sachverhalt, dass sich "alte" Konflikte in einer "neuen" Mischung zu Wort melden. Diese "neue" Mischung ist - wie wir noch sehen werden - weder völlig singulär noch vollständig auf das Thema "Armee" beschränkt. "Neu" aber legitimerweise insofern, als dass sich hier etwas über partikuläre Problematiken hinaus zu kristallisieren beginnt, was zu zentralen

"klassischen" Konfliktachsen "quer" liegt. "Quer" aber nur im formalen Sinne, denn konzeptionell waren Wert- und Verteilungs-Progressismus im "Projekt der "Moderne" immer aufeinander bezogen - wenn ihrem wechselseitgen Bezug auch nur in den wenigsten Fällen zum Recht verholfen worden ist, vielleicht auch nicht verholfen werden konnte. Die Idee, dass dergleichen heute eine grössere Realisierungschance hat als auch schon - vielleicht *die* zentrale Botschaft der Armeeabschaffungs-Initiative - zumindest ist bedenkens- und überprüfungswert. *Soyons réalistes, demandons l'impossible* - für die einen realitätsferne Utopie, für die anderen utopienahe Realität.

5. Armeekritische Abstimmungsvorlagen im Vergleich

In welcher Beziehung steht nun die Armeeabschaffungs-Initiative zu den anderen armeepolitischen Vorlagen, über die in den 80er Jahren an der Urne zu entscheiden war - also zur Zivildienst- und zur Rüstungsreferendums-Inititiave ?

Die Volksinitiative "*für einen echten Zivildienst auf der Grundlage des Tatbeweises*" verlangte die Schaffung eines Zivildienstes für alle, die den Militärdienst verweigern. Auf eine Gewissensprüfung sollte - da immer problematisch wenn nicht undurchführbar - vollständig verzichtet werden. Einziges Zulassungskriterium sollte "*der Tatbeweis*", das heisst die Bereitschaft zur Leistung eines Zivildienstes, der anderthalbmal so lange dauert wie die Gesamtheit der verweigerten militärischen Dienste, sein. Und dieser Zivildienst sollte weiter als ein von der Armee (resp. von der Gesamtverteidigung) losgelöster Friedensdienst konzipiert werden - der "*Zivildienst bezweckt die Förderung des Friedens*" -. Damit war zum einen ein bekannter Missstand angesprochen : Die Schweiz ist eines der letzten westeuropäischen Länder, das Militärdienstverweigerer noch "kriminalisiert", das noch keinen den heutigen Normen entsprechenden Umgang mit der Dienstverweigererfrage gefunden hat. Zum anderen aber auch eine zentrale Kategorie schweizerischen Selbstverständnisses mit expliziter Verfassungsgrundlage : Die allgemeine Wehrpflicht, die mit der Annahme der Zivildienst-Initiative zwar nicht aufgehoben, aber über die stipulierte Wahlfreiheit doch ihre prinzipielle "Unantastbarkeit" verloren hätte. 36.2 % der Stimmenden unterstützten im Februar 1984 die Schaffung eines derartigen Zivildienstes ; und im Gemeindevergleich lässt sich folgendes Bestimmungsmuster feststellen (vgl dazu Anhang 1) : Je höher in einer Gemeinde der Anteil der Angestellten, der Anteil der in Gross- und Mittelzentren Erwerbstätigen, der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung, das pro-Kopf-Einkommen sowie der Linkswähler-Anteil, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Zivildienst-Initiative (und umgekehrt). Im weiteren wird die Zivildienst-Initiative in der lateinischen Schweiz deutlich stärker unterstützt als in der deutschen. In hochurbanen Angestellten-Gemeinden mit hohem Bildungsniveau, hohem pro-Kopf-Einkommen und hohem Linkswähler-Anteil optieren im Mittel so 47 %

(+ 10.8 %) der Stimmenden für die Einführung des Zivildienstes ; am entgegengesetzten Pol, in den stadtfernen Selbständigen-Gemeinden mit tiefem Bildungsniveau und tiefem pro-Kopf-Einkommen sowie mit einer starken Verankerung der bürgerlichen Parteien hingegen im Mittel nur 19.1 % (- 17.1 %) [13] (Tabelle 4).

Die Volksinitiative *"für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben (Rüstungsreferendum)"* verlangte die Einführung des fakultativen Referendums für vom Parlament bewilligte Militärausgaben. Bekannterweise gibt es in der Schweiz auf Bundesebene kein Finanzreferendum. Das heisst, dass das Parlament über die Tätigung von Bundesausgaben endgültig entscheidet, dass gegen Ausgabenbeschlüsse des Parlamentes (im Gegensatz etwa zu den üblichen "referendumsfähigen" Gesetzen) vom Bürger - und sei er noch so unzufrieden - nichts mehr unternommen werden kann. Das sollte sich nach den Initianten der Rüstungsreferendums-Initiative zumindest für den Bereich der militärischen Ausgaben ändern. Damit war zum einen ein bekannter Missstand angesprochen : Die Ausgaben für die Landesverteidigung "binden" nicht nur einen imposanten Teil der Bundesausgaben, sie sind selbst bei angespannter Finanzlage - im Gegensatz zu anderen Ausgabenkategorien - politisch auch extrem "kürzungsresistent". Die Kosten für hochtechnologisches Kriegsgerät haben teilweise ein Niveau erreicht, das eine "Grossmachtsarmee im Taschenformat" langsam aber sicher aus dem Möglichkeitsbereich eines Kleinstaates rückt. Und die in den letzten Jahren bekannt gewordenen Fehlentscheide resp. Skandale im Beschaffungsbereich berappt schlussendlich der Steuerzahler. Angesprochen war zum anderen aber auch das Problem der "Regierbarkeit" resp. der Handlungs- und Entscheidungskapazität : Ein grösseres Mitbestimmungsrecht des Volkes verzögert unter Umständen die sich über Jahre erstreckenden Beschaffungen, vermindert die "Vetragswürdigkeit" mit Grosslieferanten im Ausland und führt zur ungebührlichen "Verpolitisierung" eines Bereichs, in dem ohne "Experten" selbst Parlamentarier mit ihrer Übersicht bald einmal am Ende sind. 40.6 % der Stimmenden unterstützten 1987 die Einführung des Rüstungsreferendums ; und im Gemeindevergleich zeigt sich folgendes Bestimmungsmuster (vgl. dazu Anhang 1) : Je höher in einer Gemeinde der Anteil der Arbeiter und unteren Angestellten, der Anteil der in Gross- und Mittelzentren Erwerbstätigen, der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung sowie der Linkswähler-Anteil, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Rüstungsreferendums-Initiative (und umgekehrt). Die Zustimmungsquote liegt im übrigen in der lateinischen Schweiz leicht über dem Niveau der deutschen. Die höchsten mittleren Zustimmungsquoten (47.8 %, + 7.2 %) realisiert das Rüstungsreferendum so in zwei Umfeldern (Tabelle 4) : Zum einen in den hochurbanen Angestellten-Gemeinden mit hoher Bildung, hohem pro-Kopf-Einkommen

---

[13] Auf eine Analyse der ersten - 1977 gesamtschweizerisch mit 37.6 % Ja-Stimmen abgelehnten - Zivildienst-Vorlage wird hier verzichtet, da im Gemeindevergleich zwischen dem Abstimmungsverhalten bei den beiden Zivildienst-Projekten sehr starke Verhaltensparallelitäten vorliegen.

und hohem Linkswähler-Anteil ; zum anderen in stadtfernen Arbeiter-Gemeinden mit tiefer Bildung, tiefem pro-Kopf-Einkommen und hohem Linkswähleranteil. Den im Mittel tiefsten Ja-Stimmenanteil (27.3 %, - 13.3 %) hingegen findet sich in den stadtfernen Selbständigen-Gemeinden mit tiefer Bildung, tiefem pro-Kopf-Einkommen und tiefem Linkswähler-Anteil.

Tabelle 4

% Ja Zivildienst-Initiative (ZIVI), % Ja Rüstungsreferendums-Initiative (RÜST) und % Ja-Differenz RÜST-ZIVI nach Gemeindemerkmalskombinationen - gewichtete einfache Varanzanalysen - 2920 Gemeinden

	Bildung tief/ Einkommen tief			Bildung mittel/ Eink.tief		Bildung mittel/ Eink.mit.		Bildung hoch/ Eink.mit.		Bildung Einkom. hoch
	Linke			Linke		Linke		Linke		Linke
	tief	mit.	hoch	mit.	hoch	mit.	hoch	mit.	hoch	mittel
STADTFERM										
Selbständige										
- ZIVI	19.1	24.2								
- RÜST	27.3	33.3								
- RÜST-ZIVI	8.2	9.1								
Arbeiter-Selbst.										
- ZIVI	22.2	27.0	32.1							
- RÜST	30.6	35.4	41.9							
- RÜST-ZIVI	8.4	8.4	9.8							
Arbeiter										
- ZIVI	24.5	29.5	39.8							
- RÜST	37.0	39.2	47.8							
- RÜST-ZIVI	12.5	9.7	8.0							
Arbeiter-Angest.										
- ZIVI	27.6	28.5	37.1	32.0	41.6					
- RÜST	35.8	37.2	43.8	36.5	46.1					
- RÜST-ZIVI	8.2	8.7	6.7	4.5	4.5					
Angestel.-Arbeiter										
- ZIVI				35.7	34.7	33.2	36.9			
- RÜST				39.5	40.6	37.1	42.2			
- RÜST-ZIVI				3.8	5.9	3.9	5.3			
STADTNAH										
Angestellte										
- ZIVI						37.7	45.0	40.9	47.0	
- RÜST						40.4	47.4	41.2	47.8	
- RÜST-ZIVI						2.7	2.4	0.3	0.8	
Angest. leitende										
- ZIVI								39.7		37.9
- RÜST								38.3		34.9
- RÜST-ZIVI								-1.4		- 3.0

Das Abstimmungsverhalten bei den beiden der Armeeabschaffungs-Initiative vorauslaufenden armeekritischen Vorlagen folgt also nicht ganz dem gleichen Muster. Beide Vorlagen thematisieren die Armee - aber einsichtigerweise aus einer jeweils leicht unterschiedlichen Perspektive, was sich denn auch in unterschiedlichen Beziehungen zu den oben eingeführten Konfliktdimensionen niederschlägt (Tabelle 5) :

Tabelle 5

% Ja Zivildients-Initiative (ZIVI), % Ja Rüstungsreferendums-Initiative (RÜEST) und % Ja-Differenz RÜST-ZIVI nach Wert- und Verteilungs-Progressismus - gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

	Verteilungs-Progressismus						
Wert-Progressismus	sehr tief	tief	tief-mittel	mittel	mittel -hoch	hoch+ sehr hoch	
Hoch + sehr hoch							
- ZIVI	37.3	41.4	44.1	42.3	46.7	51.2	45.6
- RÜST	34.6	40.0	42.2	43.4	48.8	52.7	45.9
- ZIVI-RÜST	-2.7	-1.4	-1.9	1.1	2.1	1.5	-.03
Mittel-hoch							
- ZIVI	31.3	37.3	37.3	38.6	39.5	46.8	39.0
- RÜST	31.6	36.9	38.4	41.6	43.8	48.0	41.2
- ZIVI-RÜST	0.3	-0.4	1.1	3.0	4.3	1.2	2.2
Mittel							
- ZIVI	27.4	32.0	34.2	35.1	38.7	42.5	36.1
- RÜST	32.2	34.4	36.8	40.3	43.1	48.0	40.4
- ZIVI-RÜST	4.8	2.4	2.6	5.2	4.4	5.5	4.3
Tief-mittel							
- ZIVI	24.6	27.6	30.3	32.8	32.6	37.4	31.6
- RÜST	30.2	33.9	35.1	38.1	39.0	45.4	37.6
- ZIVI-RÜST	5.6	6.3	4.8	5.3	6.4	8.0	6.0
Tief							
- ZIVI	21.4	24.6	26.6	28.4	29.8	35.7	27.8
- RÜST	28.8	32.4	32.8	35.8	36.2	44.2	35.0
- ZIVI-RÜST	7.4	7.8	6.2	7.4	6.4	8.5	7.2
Sehr tief							
- ZIVI	17.2	22.5	23.2	25.5	26.2	30.6	25.2
- RÜST	26.9	30.0	31.1	32.4	36.4	39.4	33.8
- ZIVI-RÜST	9.7	7.5	7.9	6.9	10.2	8.8	8.6
	28.7	30.7	33.5	33.8	38.5	43.1	
	31.4	34.6	36.6	38.8	43.2	47.7	
	2.7	3.9	3.1	5.0	4.7	4.6	
					WERT CH		36.2
							40.4
							4.6

eta :	ZIVI	RÜST	RÜST-ZIVI
Wert-Progressismus	.74	.51	.51
Verteilungs-Progressismus	.50	.69	.15
Kombination	.86	.81	.56

- Je grösser in einer Gemeinde das Gewicht der wert-progressiven und je grösser das Gewicht der verteilungs-progressiven Haltung, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Zivildienst-Initiative. Die Verknüpfung mit dem Wertkonflikt ist deutlich stärker als die Verknüpfung mit dem Verteilungskonflikt ; die *Zivildienst-Initiative* thematisiert die Armeefrage somit primär als *Wertproblem*.
- Je grösser in einer Gemeinde das Gewicht der wert-progressiven und je grösser das Gewicht der verteilungs-progressiven Haltung, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Rüstungsreferendums-Initiative. Die Verknüpfung mit dem Verteilungskonflikt ist deutlich ausgeprägter als die Verknüpfung mit dem Wertkonflikt ; die *Rüstungsreferendums-Initiative* thematisiert die Armeefrage somit primär als *Verteilungsproblem.*

Zivildienst- und Rüstungsreferendums-Initiative strukturieren somit die Auseinandersetzungen um die Armee "im Kleinen" nach der gleichen Logik wie die beiden übergreifenden Konfliktdimensionen die Wert- und Interessendifferenzen "im Grossen". Daran anschliessend von Interesse ist nun natürlich die Frage, in welchen "Zonen" sich die beiden Thematisierungen der Armeefrage eher wechselseitig ein-, in welchen hingegen sich eher wechselseitig ausschliessen. Die Differenz zwischen den Ja-Stimmenanteilen bei den beiden Initiativen gibt darüber Aufschluss : Die Rüstungsreferendumsfindet im Vergleich zur Zivildienst-Initiative im Mittel einen umso grössere Zustimmung, je grösser in einer Gemeinde der Anteil von Selbständigen oder Arbeitern sowie je tiefer in einer Gemeinde der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung, das pro-Kopf-Einkommen sowie der Linkswähleranteil. Die Differenzen sind beträchtlich, übersteigen sie in vielen Kategorien doch den Wert von 10 % (zugunsten der Rüstungsreferendums-Initiative). In der wert-konservativen "Zone" werden Armee und Landesverteidigung so deutlich stärker verteilungs- als wertbezogen kritisiert - ein nicht unwesentlicher Teil derjenigen, die die Armee verteilungsbezogen kritisieren, halten ihr wertbezogen die Stange. In der wert-progressiven "Zone" hingegen klappen die beiden Aspekte in der Regel eher zusammen ; man ist armeekritisch oder man ist es nicht - wenn ja, dann mit grosser Wahrscheinlichkeit wert- *und* verteilungsbezogen.

Auf dem Hintergrund dieser Zusammehänge ist nun zu vermuten, dass der unerwartet hohe Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative zumindest zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass sich in dieser Vorlage beide Aspekte der Armeekritik zu einem bisher nicht zu beobachtenden Mischungsverhältnis zusammengefunden haben : Wer Armee und Landesverteidigung aus wert- *und* verteilungsbezogenen Gründen kritisieren wollte, der stimmte zu - so wie er es schon bei der Zivildienst- und der Rüstungsreferendums-Initiative getan hatte. Wer Armee und Landesverteidigung wertbezogen zwar im Prinzip eine hohe Bedeutung zuerkennt, das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag aber eher kritisch beurteilt, auch dessen Zustimmungsneigung dürfte so gering nicht gewesen sein, stand doch kein "ge-

teiltes Recht" schaffender Zivildienst mit zur Debatte. Die festzustellenden Regularitäten unterstützen diese Vermutung (Tabelle 6).

Tabelle 6

% Ja Zivildienst-, Rüstungsreferendums- und Armeeabschaffungs-Initiative - Interkorrelation
- gewichtete einfache Varianzanalyse - 2920 Gemeinden

	ZIVI	RÜST	ARAB	ARAB - ZIVI	ARAB - RÜST
% Ja Zivildienst					
< 20 %		27.3	22.7	6.3	
20 % - 25 %		31.9	27.5	4.7	
25 % - 30 %		34.6	30.5	2.9	
30 % - 35 %		37.0	32.3	-0.2	
35 % - 40 %		40.9	36.2	-1.4	
40 % - 45 %		43.6	40.2	-2.2	
45 % - 50 %		47.9	43.0	-4.3	
> 50 %		53.4	49.5	-4.0	
eta		.79	.82	.56	
% Ja Rüstungsreferendum					
< 25 %	20.2		21.1		0.0
25 % - 30 %	25.4		26.8		-1.3
30 % - 35 %	28.5		29.6		-3.1
35 % - 40 %	33.1		33.2		-4.3
40 % - 45 %	38.0		37.6		-5.0
45 % - 50 %	43.6		41.5		-6.4
50 % - 55 %	50.1		46.8		5.7
> 55 %	50.2		51.5		-7.5
eta	.81		.81		.33
% Ja Armeeabschaffung					
< 20 %	19.9	26.3		-3.9	-10.3
20 % - 25 %	24.6	30.9		-1.5	-7.8
25 % - 30 %	27.6	32.9		0.0	-5.3
30 % - 35 %	31.7	36.2		0.8	-3.7
35 % - 40 %	37.2	41.4		0.4	-3.9
40 % - 45 %	44.2	47.1		-1.4	-4.3
45 % - 50 %	50.1	51.3		-3.6	-4.7
> 50 %	51.8	53.8		1.9	0.0
eta	.83	.81		.26	.35
Mittel % Ja Zivildienst + Rüstungsreferendum					
< 25 %			21.8		
25 % - 30 %			27.8		
30 % - 35 %			31.3		
35 % - 40 %			34.8		
40 % - 45 %			38.8		
45 % - 50 %			42.7		
> 50 %			49.4		
eta			.88		
WERT CH	36.2	40.4	35.6	-0.6	4.6

- Je geringer in einer Gemeinde die Zustimmung zur Zivildienst-Initiative, desto grösser im Mittel die Zunahme des Ja-Stimmenanteils im

Übergang von der Zivildienst- zur Armeeabschaffungs-Initiative. In den Gemeinden mit einem sehr tiefen Ja-Stimmenanteil bei der Zivildienst-Initiative (< 20 %) beträgt die Differenz im Mittel 6.3 % (zugungsten der Abschaffungs-Initiative), am entgegengesetzten Pol (Ja Zivildienst-Initiative > 50 %) hingegen im Durchschnitt - 4.0 %.

- Je grösser in einer Gemeinde die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Initiative, desto geringer im Mittel die Abnahme des Ja-Stimmenanteils im Übergang von der Rüstungsreferendums- zur Armeeabschaffungs-Initiative. In den Gemeinden mit einem sehr hohen Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative (> 50 %) beträgt die Differenz im Mittel 0 %, am entgegengesetzten Pol (Ja Armeeabschaffungs-Initiative < 20 %) hingegen im Durchschnitt - 10.3 %.
- Je grösser in einer Gemeinde der mittlere Ja-Stimmenanteil bei der Zivildienst- und der Rüstungsreferendums-Initiative, desto grösser im Mittel die Zustimmungsquote bei der Armeeabschaffungs-Initiative (und umgekehrt). In den Gemeinden mit einem sehr hohen mittleren Ja-Stimmenanteil bei den beiden vorauslaufenden Initiativen (> 50 %) beträgt die Zustimmungsquote bei der Armeeabschaffungs-Initiative im Durchschnitt 49.4 % (+ 13.8), am entgegengesetzten Pol (mittlerer Ja-Stimmenanteil bei den beiden Initiativen < 25 %) hingegen im Durchschnitt 21.8 % (- 13.8 %) [14].

Dass bei der Armeeabschaffungs-Inititiative gleichzeitig wert- *und* verteilungsbezogenes Unbehagen am Militärischen artikuliert werden konnte, darf so als eine wesentliche Voraussetzung für den hohen Ja-Stimmenanteil gewertet werden. In Relation zu den bei den beiden vorauslaufenden armeekritischen Initiativen zu beobachtenden Regularitäten bringt die Armeeabschaffungs-Initiative aber nichts grundsätzlich Neues - die Positionen in Sachen Armee sind mehr oder weniger "kristallisiert", die Armeeabschaffungs-Initiative ist alles andere als ein "singulärer Irrläufer". Wer die 35.6 % Ja-Stimmen so nicht als klaren Indikator für die Tatsache hinzunehmen bereit ist, dass die Armee über Partialproblematiken hinaus wohl unwiderruflich grundsätzlich an "Tabugehalt" verloren hat, der kann dies aus welchen Gründen auch immer tun - valide empirische Evidenzen zur Legitimation einer derartigen Position dürften allerdings nicht leicht zu beschaffen sein. Auf der Basis dieser Ergebnisse sind zumindest gegenüber *einem* interpretativen Versuch, die 35.6 % Ja-Stimmen zur Armeeabschaffungs-Initiative von ihrer Relevanz zu entkleiden, einige Vorbehalte anzubringen :

Nicht alle, die zur Armeeabschaffungs-Initiative an der Urne ein Ja eingelegt haben, sind "radikale Armeegegner" ; viele wollten die Armee in Tat und Wahrheit gar nicht abschaffen, sondern den für die Armee und die Lan-

---

[14] Der mittlere Ja-Stimmenanteil bei den beiden vorauslaufenden armeekritischen Vorlagen "erklärt" im Gemeindevergleich fast 80 % der Variablität des Abstimmungsverhaltens bei der Armeeabschaffungs-Initiative und erweist sich somit als der "potenteste" Verhaltensprädiktor.

desverteidigung Verantwortlichen nur ihren Unmut kundtun, nur einen "Denkzettel" erteilen. Demtsprechend werde die Bedeutung des unerwartet hohen Ja-Stimmenanteils überschätzt - Dass in der Gruppe der Befürworter unterschiedliche Motivkonstellationen von Bedeutung sind, liegt auf der Hand. Und dass sich bei Befragungen die Befürworter zwar je nach Repräsentativität und Problemadäquatheit der gestellten Fragen in unterschiedlich grosse, im Mittel aber in etwa in zwei gleich grosse Gruppen von "harten" resp. "weichen" Armeekritiker aufspalten lassen, ist auch nicht sonderlich erstaunlich. Was aber bringen - prospektiv betrachtet - derartige empirisch mehr oder weniger plausibel zu belegende "Gewissheiten" ? Sehr wenig : Zum *einen* ist zu vermuten, dass im Zusammenhang mit der Armeeabschaffungs-Initiative das heute für radikale Änderungen in Sachen Armee und Landesverteidigung optierende Potential zwar mehr oder weniger vollständig mobilisiert worden ist und sich damit in nächster Zukunft eine weitere Armeeabschaffungs-Initiative grosso modo mit dem gleichen Ergebnis zufrieden zugeben hätte, aber eine "Rückbildung" dieses armeekritischen Potentials ist aus verschiedenen Gründen sehr unwahrscheinlich - im Gegenteil : es dürfte langsam wachsen, wenn auch die "Mehrheitsfähigkeit" so schnell nicht erreichen [15]. Zum *anderen* scheint sich in Sachen Armee und Landesverteidigung in letzter Zeit weit über die "notorischen Armeekritiker" hinaus die Frage breit gemacht zu haben : Bringt der hohe Aufwand auch das, was er verspricht ? Ist dieser gigantische Aufwand - bisher extrem "kürzungsresistent" - überhaupt noch gerechtfertigt ? Sollte es in nächster Zukunft zu plebiszitären Auseinandersetzungen um derartige - die Armee als ganzes nicht in Frage stellenden - Probleme kommen, so dürfte entscheidend sein, ein wie grosser Teil der Armeeabschaffungs-Gegner für ein Ja zu Aufwandreduktionen zu gewinnen sein wird. Damit rückt ein bisher völlig vernachlässigter - prospektiv aber zentraler - Aspekt ins Zentrum : Wie homogen sind die Gegner der Armeeabschaffungs-Initiative ? Sollten sich die Gegner im gleichen Sinne wie die Befürworter in eine "harte" und in eine "weiche" Gruppe aufspalten lassen (was eigentlich sehr naheliegend ist), so ist zu vermuten, dass in nächster Zukunft in Sachen Armee und Landesverteidigung jenseits ihrer Abschaffung noch etliches im Bereich des Möglichen liegt. Denn die Position der "harten" Armeeabschaffungs-Gegner, die Posi-

---

[15] Die Vermutung, dass die "Rückbildung" des Potentials eher unwahrscheinlich ist, aber die "Mehrheitsfähigkeit" des Potentials (trotz aufsteigender Konjunktur) wohl noch nicht so schnell erreicht werden wird, kann sich zumindest partiell auf empirische Evidenzen stützen : Zwischen dem Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative einerseits, dem Abstimmungsverhalten bei den Volksinitiativen zur Einführung der 40-Stunden-Woche andererseits bestehen im Gemeindevergleich sehr deutliche Verhaltensparallelitäten. In den Gemeinden mit einem sehr hohem Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative realisierten somit auch die beiden Volksinitiativen zur generellen Verkürzung der Arbeitszeit im Durchschnitt eine sehr deutlich über dem jeweiligen gesamtschweizerischen Wert liegende Zustimmungsquote (und umgekehrt). Dass sich die "Zeitfrage" konzeptionell bestens mit der "neuen", durch die Armeeabschaffungs-Initiative zentral thematisierte Konfliktachse verknüpfen lässt, liegt auf der Hand. Die erste Arbeitszeit-Initiative realisierte im Jahre 1976 zwar nur 22 % Ja-Stimmen, die zweite im Jahre 1988 aber - unter fast perfekter "Reproduktion" des Musters im Gemeindevergleich - schon 34.2 %. Die Konjunktur ist aufsteigend, die "Mehrheitsfähigkeit" aber noch nicht erreicht.

tion der Unentwegten, die noch Wochen nach der Abstimmung z.B. in Inseraten der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) "*alle vaterländisch gesinnten Kreise*" aufforderten, "*mit verstärktem Einsatz den antimilitaristischen (!) Tendenzen ... entgegenzutreten*", ist auf sich allein gestellt wohl kaum (mehr) "mehrheitsfähig".

ANHANG 1

% Ja Armeeabschaffungs-Initiative (ARAB), % Ja Zivildienst-Initiative (ZIVI), % Ja Rüstungsreferendums-Initiative (RÜST) und % Ja-Differenz RÜST-ZIVI nach ausgewählten Gemeindemerkmalen - gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

	ARAB	ZIVI	RÜST	RÜST-ZIVI
Beschäftigungsstruktur				
- Selbständige	23.8	21.9	29.9	8.0
- Arbeiter-Selbständige	29.4	26.8	34.8	8.0
- Angestellte-Selbständige	33.0	32.4	35.8	3.4
- Arbeiter	35.9	33.0	42.2	9.2
- Arbeiter-Angestellte	34.2	32.9	39.7	6.8
- Angestellte-Arbeiter	34.4	34.3	39.4	5.1
- Angestellte	40.4	41.7	44.2	2.5
- Angestellte leitende	36.4	39.2	37.4	- 1.8
- eta	.54	.62	.49	.53
Urbanisierung				
< 15 %	31.9	30.4	36.7	6.3
15 % - 25 %	34.7	34.5	38.3	3.8
25 % - 35 %	37.3	38.7	40.7	2.0
35 % - 50 %	37.8	39.7	41.0	1.3
> 50 %	41.1	43.6	45.6	2.0
eta	.49	.60	.45	.37
Hohe Bildung				
< 10 %	28.9	25.5	35.5	10.0
10 % - 15 %	31.7	30.0	37.3	7.3
15 % - 20 %	35.0	34.8	39.7	4.9
20 % - 25 %	39.7	41.7	44.0	2.3
25 % - 30 %	37.6	40.1	39.4	- 0.7
> 30 %	39.6	41.8	40.1	- 1.7
eta	.45	.57	.33	.56
Pro-Kopf-Einkommen				
< 25 %	27.0	24.7	35.4	10.0
25 % - 50 %	30.6	28.2	36.6	8.4
50 % - 75 %	34.0	33.4	39.1	5.7
75 % - 100 %	35.9	36.5	39.9	3.4
100 % - 125 %	37.3	37.1	40.7	3.6
125 % - 175 %	42.1	45.3	46.0	0.7
> 175 %	35.5	38.5	36.1	- 2.4
eta	.45	.70	.40	.52
Sprachkultur				
- deutsch + romanisch	34.4	34.5	39.1	4.6
- französisch	39.7	40.2	42.6	2.4
- italienisch	39.1	40.4	45.3	4.9
- eta	.28	.26	.21	.16
Linkswähler				
< 10 %	27.4	23.7	30.9	7.2
10 % - 20 %	33.2	32.2	35.8	3.6
20 % - 30 %	35.4	35.9	40.3	4.4
30 % - 40 %	40.1	42.1	45.5	3.2
> 40 %	42.7	46.7	50.0	3.3
eta	.52	.64	.64	.20
WERT CH	35.6	36.2	40.6	4.4